

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
28 (1914)**

134 (12.6.1914)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-577278](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-577278)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Müßtringen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Erbringelohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die sechspaltige Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Müßtringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Restzahlung 50 Pf.

28. Jahrgang.

Müßtringen, Freitag den 12. Juni 1914.

Nr. 154.

Vom Tage.

Der preussische Landtag soll in den nächsten Tagen bis zum 10. November vertagt werden.

Wegen des Genossen Wendel ist ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, gegen einen Parteiblatte ein solches wegen Kritik des Militarismus.

Die Gruppen der Linken kündigen dem neuen französischen Ministerium scharfe Opposition an.

In Paris ereignete sich ein großer finanzieller Zusammenbruch, der ein 6-Millionen-Defizit zur Folge hat.

Die Dynamik der Handlungsgehilfenbewegung

So betitelt sich eine Schrift, die der Verband der Handlungsgehilfen in diesen herausgegeben hat. Als der dürftige Gelegenheitsbesuch über die handelsgewerbliche Sonntagsruhe zu Anfang dieses Jahres den Meisttag in erster Lesung passiert hatte, da stand fest, daß weder die Regierung noch der Reichstag ernstlich geneigt ist, die Sonntagsruhe durchzuführen oder auch nur einen kräftigen Schritt in dieser Richtung vorwärts zu tun. Die Enttäuschung war besonders auch unter den in bürgerlichen Harmonieverbänden organisierten Handlungsgehilfen groß. Ihre Empörung über die schmachvolle Haltung der bürgerlichen Parteien kam in den Zeitschriften der verschiedenen Verbände, in öffentlichen Versammlungen und auch in der Tagespresse zum Teil in so heftigen Formen zum Ausdruck, wie man sie sonst von den Handlungsgehilfen nicht gewohnt ist. Sollte aber der Born der Handlungsgehilfen nicht wirkungslos verpuffen, so war es nötig, ihn in Bahnen zu lenken, auf denen er eine nachhaltige Wirkung ausüben mußte. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen richtete durch ein in großen Massen im ganzen Reiche verbreitetes Flugblatt die Aufforderung an die Handlungsgehilfen, sich nicht mehr auf Versammlungen, Resolutionen und Eingebungen für zwecklos, sondern jetzt zu gewerkschaftlichen Mitteln in ihrem Kampfe um die Sonntagsruhe zu greifen. Gleichzeitig richtete er auch an die größeren Handlungsgehilfenverbände durch Rundschreiben die Anfrage, ob sie zur Einleitung einer betriebligen gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktion bereit seien. Einige Organisationen besetzten die Gelegenheit, um eine wilde Preßhege gegen den Zentralverband zu inszenieren. Sie behaupteten, daß die ganze Aktion nur aus agitatorischen Motiven heraus eingeleitet sei. Außerdem sei ein „Generalstreik“ der Handlungsgehilfen undurchführbar und ungewinnlich. Der Zentralverband hat damals zunächst nichts gegen diese Preßhege unternommen. Er hat die Antworten der Organisationen auf sein Rund-

schreiben abgewartet. Als diese ablehnend ausfielen, hat er in einem weiteren Rundschreiben eingehend dargelegt, wie die Aktion durchgeführt werden müsse. Es hieß darüber in dem erwähnten Schreiben:

„Einige Verbände äußern sich dahin, daß ein Streik der Handlungsgehilfen in dieser Frage nicht sachdienlich oder durchführbar sei. Demgegenüber möchten wir darauf hinweisen, daß es sich nicht darum handelt, ohne weiteres einen Streik zu proklamieren. Wenn die gewerblichen Arbeiter eine Änderung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeiführen wollen, so legen sie sich vorerst mit den betreffenden Unternehmern in Verbindung, um eine solche Verbesserung auf gutlichem Wege herbeizuführen. Bei dem von uns gemachten Vorschlage würde ebenso zu verfahren sein. Zunächst wäre eine Verständigung der beteiligten Organisationen notwendig, in welcher Weise das Herantreten an die Prinzipalitäten erfolgen soll. Es könnte in der Weise gehandhabt werden, daß in den einzelnen Orten die dortigen Vertrauensmänner zusammentreten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse das weitere Vorgehen im Einverständnis mit den Zentralverbänden festsetzen. Alsdann könnte es Aufgabe der örtlichen Verbandsleitungen sein, nach ihren in den einzelnen Geschäften vorhandenen Mitgliedsbeständen bei den Prinzipalitäten vorstellig zu werden. Den Geschäftsinhabern würde eine Herabsetzung des Dienstvertrages mit ihren Angestellten dergestalt nahezu liegen sein, daß sie ab 1. Juli — also unter voller Wahrung der Kündigungsfrist — auf die Sonntagsarbeit, gemäß der Programmforderungen der Handlungsgehilfenverbände, verzichten. Von der Stellungnahme der Prinzipale hängt dann das Weitere ab. Den widerstrebenden Geschäftsinhabern würde gegebenenfalls, soweit in den betreffenden Betrieben eine hinreichende Zahl von organisierten Angestellten beschäftigt ist, von den Angehörigen die Kündigung auszusprechen sein. Sofern durch diese Aktion einzelne Geschäfte gefährdet werden sollten, hätte die Organisation für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung durch das kaufende Publikum in keiner Weise fehlen wird. Ferner halten wir auch eine gegenseitige Vereinarbeitung für zweckmäßig, daß über den 1. Juli hinaus Stellen für Handlungsgehilfen mit Sonntagsarbeit nicht mehr vermittelt werden.“

Erst nachdem auch dieses Schreiben erfolglos geblieben war, die Aktion also trotz aller Bemühungen des Zentralverbandes als gescheitert gelten mußte, hat die Handlungsgehilfen-Zeitung nicht mehr mit der Kritik über das würdlose Verhalten der bürgerlichen Verbände zurückgehalten.

In der jetzt erschienenen Broschüre ist der ganze Briefwechsel zwischen dem Zentralverband und den bürgerlichen Verbänden zum Ausdruck gelangt. Er zeigt zunächst, wie unangenehm die Angriffe auf den Zentralverband waren. Dann ist er aber auch geeignet, den gegenwärtigen Stand

der Handlungsgehilfenbewegung blühtartig zu beleuchten. Wenn auch eine Radikalisierung der Handlungsgehilfenbewegung seit Jahren zu beobachten ist, so bleibt doch noch eine ungeheure Arbeit übrig. Es ist möglich, daß der Zentralverband durch die Veröffentlichung des Materials einmal die Massen erreicht hat, die hier und da auch in Bezug auf die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände in unrennen Kreisen gehagt wurden. Die Erkenntnis ihrer gegenwärtigen Einflußlosigkeit wird die denkenden Handlungsgehilfen auf den Weg bringen, der aus dieser Dinnmatt herausführt. Das kam nur durch die Stärkung der freigewerkschaftlichen Handlungsgehilfenorganisation geschehen und durch den Anschluß an die politische Partei, die die Arbeitnehmerinteressen vertritt, an die Sozialdemokratie.

Politische Rundschau.

Müßtringen, 11. Juni.

Die Besoldungsvorlage im preussischen Abgeordnetenhause. Am Mittwoch erlebte das preussische Abgeordnetenhause in zweiter Lesung die Besoldungsvorlage, mit der sich während der Pringsitzierien die Kommission in einer einzigen Sitzung beschäftigt hatte. Die einzige Verbesserung, die die Kommission an der Regierungsvorlage vorgenommen hat, besteht darin, daß sie der Vorlage rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. an verleiht. Außerdem schlägt die Kommission eine Resolution vor, in der die Regierung aufgefordert wird, sobald wie möglich dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die bei einzelnen Klassen von Beamten seit der letzten Besoldungsänderung zutage getretenen Mängel, Härten und Ungleichheiten beseitigt werden. Nach längerer Debatte wurde sowohl diese Resolution wie auch der Kommissionsbeschluß, der rückwirkende Kraft verlangt, einstimmig angenommen. Ein freisinniger Antrag, der die Regierung ermahnt, zu erwägen, ob und in wie weit eine geordnete Krankenversicherung für Beamte erforderlich und durchführbar sei, wurde der Budgetkommission überwiesen. Die Stellung unserer Fraktion begründete, wie in der ersten Lesung, so auch am Mittwoch wieder Genosse Strobel in einer ausgezeichneten Rede. Er legte nochmals dar, daß die Gehaltsverbesserungen der Vorlage in jeder Beziehung ungenügend seien, und daß das Haus es in der Hand gehabt hätte, mit einiger Energie bei der Regierung eine wesentliche Verbesserung der Vorlage durchzusetzen. Da aber nach der Haltung aller bürgerlichen Fraktionen, auch des Zentrums, eine solche Möglichkeit blassig geschwunden sei, so werden die Sozialdemokraten auch der völlig ungenügenden Vorlage ihre Zustimmung geben.

Die Staatsregierung beantragt, das preussische Abgeordnetenhause möge einer Vertagung des Landtags bis zum 10. November d. J. zustimmen mit der Maßgabe, daß die vier zur Vorbereitung des Grundteilungsgesetzes, des Videkommuniziergesetzes, des Fischereigesetzes und des Konsum-

Feuilleton.

Sich selbst gefunden.

Roman von Wilhelm Blos.

8) Nachdruck verboten.
„Bei mir gereicht Ihnen dies gewiß nicht zum Nachteil.“ sagte Hermine mit Wärme, indem sie ihm voll in die Augen sah. Fritz Born bemerkte gar wohl, daß diese hübsche und elegante Dame ein mehr als alltägliches Interesse an ihm zu nehmen begann, allein er gehörte nicht zu den Eskamoten, die gleich im siebenten Himmel sind, wenn sie von den Vorzeichen und Zeichen einmal herablassend behandelt werden oder wenn eine wirklich feine Dame ihnen Achtgebenheit sagt. Zwar verhehlte er sich nicht, daß der Eindruck von Hermine's Erwidern auf ihn ein tiefer war, aber er dachte an nichts weiter und fuhr fort:
„Der Meister ward krank und deutlicher und das Geschäft ging zurück, es wurden alle Bente entlassen und ich blieb allein. Die Konkurrenz der großen Fabriken neben uns die meisten Kunden weg, und es gab jetzt nur Ausbesserungen und kleinere Arbeiten. Doch näherte das Geschäft immer noch seinen Wahn so leidlich.“
Der Meister starb und ich blieb bei der Meisterin, da ich es dem Meister auf dem Sterbebett hatte versprochen müssen, und ich konnte es nicht abblasen; das wäre undankbar gewesen. Das Geschäft hob sich wieder, da ich mir viele Mühe gab und freie Hand hatte. Die Meisterin und ihre Tochter behandelten mich jetzt mit Respekt, ich aber blieb immer sehr kühl, denn ich traute dem Meister nicht.
Ich hatte wieder zwei Belegstücke gewonnen und stand

an der Gobelwand; da kam wie von ungefähr der Bruder des verstorbenen Meisters, ein Bettler mit langen glatten Haaren, daher. Ich mochte diesen Schleicher nicht leiden und beschloß, ihn kurz abzufertigen.

„Das Geschäft geht gut.“ begann er lauernd, „Sie mühten es ganz übernehmen. Dann könnte was daraus werden.“

„Was was.“ meinte ich, „das wird die Meisterin nicht wollen.“

„Doch.“ erwiderte er, „das Geschäft ist für Sie zu haben.“

„Meinetwegen.“ sagte ich, „ich will es nicht.“

Er ließ sich aber nicht irremachen.

„Aber.“ flüsterte er, „wenn eine Tochter da ist, so muß man in das Geschäft hineinheiraten.“

„Kaffen Sie mich mit dem Geschwätz.“ sagte ich endlich ärgerlich. „Das wäre ja ein Kuhhandel, wenn man, bloß um ein Geschäft zu übernehmen, betrauten würde.“

„Was, die Diebe —“ rief er.

„Schweigen Sie mir jetzt von solchen Dingen; die Diebe und ich passen nicht zusammen.“

Der fromme Schleicher ging mit großen Schritten von dannen.

Als ich nach einer Stunde zu Tisch erschien, hörte ich schon über den Hof die freischwebende, zornige Stimme der Meisterin.

„Der hergelassene Lump, den wir aufgefüttert haben.“ sagte sie, „der ohne uns gewiß ein Raubhund und Zuchthausler geworden wäre, der Dorfweiberdohln, der ist so frech, sich aufs hohe Pferd zu setzen, wenn meine Diebe sich herbeilassen will, ihn zu nehmen!“

Das Weib raunte wie toll im Zimmer umher. Ich

aber begriff, daß die Worte des Schleichers mehr Bedeutung gehabt hatten, als ich dachte.

„Vom Kuhhandel zu sprechen — von mir!“ zerrte diese, und ihren grünlichen Augen entstrangen Blitze der Wut.

„Ich habe nicht in dem Sinne vom Kuhhandel gesprochen, wie Sie jetzt zu glauben scheinen, sondern nur insofern, als ich nicht aus reinen Geschäftsrücksichten heirate.“ erklärte ich.

Die Alte versand mich falsch. Sie wurde plötzlich ruhig und freundlich.

„Ach so.“ sagte sie, „Sie haben meine Tochter gern, nicht wahr? Wer sollte auch mein Viebschen nicht lieben?“

Ich verließ mich auf demselben Abend des Haus, wo ich wie die braven Bürger nachher sagen, hätte mein Glück machen können, das ich mit dem Fuße von mir stieß. Aber auch das Versprechen, das ich dem Meister Hellwig gegeben, konnte mich in diesem Hause nicht mehr halten. Es war vorbei. Es heißt dem Menschen schon viel zumuten, wenn er bei einem bösen Weibe sein Glück finden soll, bei zwei solchen glücklich zu sein, das ging über meine Kräfte.

Seitdem habe ich in verschiedenen Städten gearbeitet. Da ich mich auch im Zeichnen und dergleichen Kontierungen etwas geübt habe, so bekomme ich oft Arbeiten, die über meinen eigentlichen Beruf hinausgehen. Darum hat man mir auch die Inkandenzung dieses alten Schlosses übertragen.“

„Ach.“ sagte Hermine und deutete nach der Tür, durch welche, da sie halb geöffnet war, der Schimmer des Morgenslichts hereindrang, „nun haben wir die ganze Nacht verplaudert.“

„Offentlich habe ich Sie nicht gelangweilt.“ meinte der Tischler.

abhangendes ernannten Ausschüsse ermächtigt werden, während der Vertagung ihre Arbeiten fortzusetzen.

Neue Mittel für den Rhein-Weber-Konkord wird das preussische Staatsministerium vom Landtag in diesem Herbst verlangen. Der Regierung sollen 17 000 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, die durch Ueberreitungen beim Grundwertvermögen notwendig geworden sind.

Die Sammelpolitik der Reaktion. Der freikonservativen Partei kommt der Vorschlag der Germania, durch Verringerung der Geschäftsordnung des Reichstags die Sozialdemokratie anzuschließen oder gefügig zu machen, gelegen, um wieder einmal in die Sammeltrompete zu blasen. Das Scharfmacherorgan veröffentlicht an der Spitze der Ausgabe vom Dienstag abend folgende Ausführungen, die ihm angeblich aus parlamentarischen Kreisen zugehen:

„Der Gedanke, im Wege der Repression das Eigenbleiben der Sozialdemokratie bei dem Kaiserthum zu sichern, wird als ungangbar aufgegeben sein. Um so dringlicher ist es, der Wiederholung ähnlicher Vorgänge wirksam vorzubeugen. Von den beiden Wegen, welche von dem führenden Zentrumslatte zur Erreichung gestellt werden, liegt der Weg der Geschäftsordnung ungleich näher und erscheint auch zweckmäßiger als der der Gesetzgebung. Der Reichstag bei gewöhnlichem Zusammentritt ist selbst schuldig, auf dem Wege, für den er allein zuständig ist, Schritte zu schaffen, daß sämtliche Parteien bereit sein werden, durch entsprechende Geschäftsordnungsbestimmungen der Wiederholung so handhafter Vorgänge vorzubeugen, wird ernstlich wohl nicht bezweifelt werden können. Denn eine Partei, welche sich von einem solchen Vorgehen ausschließen wollte, würde immer sie auch äußerlich ihr Verhalten begünstigen mag sich dem Vorwurf nicht entziehen können, im entscheidenden Moment es an der notwendigen kräftigen monarchischen Gesinnung fehlen gelassen zu haben. Die Partei, welche sich einer solchen Verhinderung schuldig gemacht hätte, würde keinen Platz mehr finden können in einer Schlichtungsordnung, welche der nationalen Monarchie gegenüber die internationale Republik auf ihre Fahne geschrieben hat. So würde ein solches Vorgehen im Reichstag zugleich zu einer zeitlichen Scheidung der Geister führen, entweder die bürgerlichen Parteien auf der ganzen Linie gegen die Sozialdemokratie sammeln oder aber eine scharfe Scheidelinie zwischen den Elementen innerhalb der bürgerlichen Parteien ziehen, welche auf dem Boden unserer heutigen monarchischen Institutionen stehen und denen, welche mit dem sozialdemokratischen Republikanismus feindschaftliche Beziehungen unterhalten. Man wird hiernach erwarten dürfen, daß der Reichstag es in seiner nächsten Tagung als seine erste und vornehmste Aufgabe erachtet wird, an eine entsprechende Aenderung seiner Geschäftsordnung zu dem Zwecke heranzutreten, der Wiederholung sozialdemokratischer Demonstrationen beim Kaiserthum für die Folge vorzubeugen.“

Der Plan ist gar zu schlau. Eine gewaltige Gehe wird gegen die Sozialdemokratie inszeniert werden und wehe der Partei, die dabei nicht mitmacht; sie wird von der Reaktion ohne Gnade mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen. Nun, die Reaktion wird die Sozialdemokratie gerichtlich finden, und je mehr erstickt, desto mehr wird die Arbeiterklasse aufgeregter.

Bayerns Finanzen. In der bayerischen Kammer gab Finanzminister von Brentano ein längeres Exposé über die derzeitigen Budgetverhältnisse. Von einer Notlage könne nicht gesprochen werden. Bayern habe einen geordneten auf eingerichteten Staatshaushalt, wenn es auch über keine Staatsüberschüsse verfüge. Auf eine geordnete Schuldentilgung sei Bedacht genommen. Der Minister erklärte zum Schluß, es könne mit der Belastung durch direkte Steuern seitens des Reiches nicht so weitergehen wie bisher. Einem weiteren Eingriff des Reiches in das bayerische Steuersystem würde die bayerische Staatsregierung energigsten Widerstand entgegenstellen.

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Von der Staatsanwaltschaft zu Wiesbaden ist gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten Wendel ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Das Vergehen soll im Sommer vorigen Jahres in einer Rede zu Höchst am Main begangen worden sein, in der Genosse Wendel sich mit dem Regierungsvorsitzenden Wilhelm II. befaßt hat. Da Genosse Wendel als Abgeordneter gegen Strafverfolgungen bisher immun war, hat sich der Staatsanwalt bis jetzt gedulden müssen.

Reichstagsabgeordneter Leser F. In Neuhäusen in Württemberg ist der Reichstagsabgeordnete Stefan Leser nach schwerem Leiden gestorben. Leser gehörte dem Reichstags als Mitglied der Zentrumspartei seit 1903 an und vertrat den 17. württembergischen Wahlkreis (Nabensburg—Saulgau), der früherer Zentrumssitz seit 1871 ist.

Aufwandsentschädigung für Familien Militärlastiger. Galbanalisch wird gemeldet: „Die vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichswehr, in der Marine oder in den Schutztruppen eingetastete Söhne wird vom Publikum vielfach irrtümlich aufgefaßt. Die Entschädigung wird nur gewährt, wenn die einer Familie angehörenden Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtanzahl von sechs Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen Dienstpflicht genügenen Sohnes. Die Dienstjahre als Kapitulant, also über die gesetzliche Dienstzeit hinaus kommen hierbei nicht in Betracht. Die Aufwandsentschädigung wird vom 1. Oktober 1913 ab gewährt, d. h. es muß einer der Söhne mit diesem Tage mindestens das 7. Jahr der Gesamtanzahl erreicht haben, also noch aktiv dienen. Gelüste um Gewährung der Entschädigung für mehr als sechs-jährige Dienstzeit von Söhnen, die Ende September 1913 ihre gesetzliche Dienstzeit bereits abgeleistet haben, können somit keine Berücksichtigung finden und sind zwecklos. Auskunft erteilt die Gemeindefürsorge (Magistat) desjenigen Ortes, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.“

Unter neuem Kurs in Elsaß-Lothringen. Nach einer Mitteilung des Matin sollen im Reichslande in Zukunft freie Bürgermeister und Beigeordnete die Befähigung erhalten, die einflussreiche Verbände, insbesondere Militärs, in Frankreich haben. — Die alldeutschen Wähler drängen, daß diese Meldung nicht demontiert, sondern bestätigt wird.

Der Militarismus klagt weiter. Wegen eines Heuflotens: „Soldatenleben, ja, das heißt lustig sein!“ ist von einem Unteroffizier Genel gegen unser Generar Parteiblatt Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden. Selbstverständlich hat das der Unteroffizier nicht aus eigenem Antrieb getan, die Militärbehörde steht dahinter. Aus den Akten geht hervor, daß außerdem auch gegen den Vorwärts, das Mannheimer und das Braunschweiger Parteiblatt Anklage erhoben wurde.

Einmal in der Woche fast zu essen. Eine große Zahl von Arbeitern hat nur einmal in der Woche fast zu essen. So steht es im Bericht des Gewerbeinspektors für Bremen, der wörtlich sagt:

„Bei den derzeitigen hohen Lebensmittelpreisen zwingt die niedrige Entlohnung der Lohnarbeiter, mit Nahrungsmitteln von geringem Nährwert vorliebzunehmen, und unter diesen Verhältnissen treten alle Anzeichen von Mangelernährung der Bauern und Unterernährung auf. Auch leben sehr viele Arbeiterinnen an Hunger und Mangelernährung, besonders dann, wenn jede Gelegenheit fehlt, eine warme Mittagsmahlzeit einzunehmen. Angeblich wird häufig die Hauptnahrungzeit abends eingenommen, jedoch lassen verschiedene Bemerkungen der Arbeiterinnen den Schluß zu, daß sie höchstens am Sonntag eine ausreichende Mahlzeit zu sich nehmen.“

Angesichts solcher Berichte mag es der preussische Polizeiminister Herr v. Roedel zu erklären, die sozialen Leistungen

und Kosten seien bis zur Grenze der Unerschwinglichkeit gestiegen!

Germanisierung zugunsten fürstlicher Großgrundbesitzer. Die Anliebelungscommission hat die fürstlich-preussischen Güter, Kriepuschewo und Dusch bei den Borowken Raivo, Freudenau und Josephshof, insgesamt circa 8000 Morgen, für den sehr hohen Preis von sechs Millionen Mark erworben. Die Uebernahme erfolgt am 1. Juli.

Frankreich.

Die beginnende Opposition. Herr Ribot und seine 12 Getreuen werden einen schweren Stand haben. Aus Paris wird berichtet, daß die Radikalen und die Radikal-Sozialisten beschlossen haben, dem Kabinett des Vertrauens zu verweigern. Das Exekutivkomitee der Radikal-Republicaner hat einstimmig eine Tagesordnung angenommen, die besagt, daß die Partei ihr Vertrauen dem Kabinett Ribot, dem Ministerium des Reichspräsidenten, verweigere. Ja u r è s schreibt in der Humanité, Ribot könnte nur durch den Verrat der Radikalen leben. „Ich hoffe im Interesse der radikalen Partei in Frankreich sowie Ribots selber, daß dieser Verrat nicht vorkommen wird. Die Republik würde dies schwer zu büßen haben.“ Dagegen begriffen die Organe der Reaktion das Ministerium mit Jubel als „nationales Ministerium“.

Rußland.

Bluff oder Wirklichkeit? Aus Petersburg wird berichtet: Im Herbst bringt die Regierung, wie verlautet, eine neue Flottenverlage mit einem Kostenaufwand von 600 Millionen Rubel ein zur weiteren Verstärkung der Schwarzmeer- und der Ostseeflotte.

Italien.

Einstellung des Streiks. Aus Rom wird von gestern gemeldet: Der Sekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes richtete an den Verband der Arbeiterkammern ein Rundschreiben, worin er die Einstellung des Ausstandes vor Mitternacht forderte.

Ferner aus Rom: Die Streikenden, die die in der Nähe der Arbeiterkammer errichteten Barrikaden besetzt hatten, wurden zuerst von Kavallerie angegriffen, die aber nichts gegen sie ausrichten konnte. Dann griffen Verhaftete die Streikenden von rückwärts an, verbanden mehrere von ihnen und machten 40 Gefangene. Ein ganzer wurden heute 600 Verhaftungen vorgenommen.

Albanien.

Ein Ultimatum des Fürsten. Wie die Albanische Korrespondenz meldet, will Fürst Wilhelm den Aufrührerischen ein Ultimatum stellen. Darin wird diesen angeordnet, sie in allerhöchster Weise zu bekämpfen, falls sie nicht die Waffen niederlegen. Zu Verhandlungen erklärte sich indes die Regierung nach wie vor bereit.

Nicht für unwichtig erklärt ist bisher eine Darstellung, die die Nationalzeitung am Dienstag abend über die Beziehungen Wilhelm II. zu Albanien und seinem Fürsten gegeben hat. Es hieß da:

„Der Fürst hat sich durch seinen Hofmarschall v. Throna, der kürzlich in Berlin vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden ist, auch vom deutschen Monarchen militärische Unterstützung erbeten, die ihm auch zugesagt worden ist. Das Ergebnis der Verhandlung Herrn v. Thronas an Kaiser Wilhelm war, daß das Kriegsministerium der Unterstützung eines großen Teiles des in Skutari liegenden deutschen Truppenkontingents nach Durazzo zustimme und daß ferner das baldige Erscheinen eines großen deutschen Kreuzers vor Durazzo beschlossen worden ist. Kaiser Wilhelm soll dem Fürsten den Rat erteilt haben, ununter hier auf seinem Plage auch weiter auszubauen, komme, was da wolle.“

Es wäre zu wünschen, daß diese Mitteilung reiflos demontiert werden könnte, denn eine derartige Einmischung des deutschen Kaisers in die Angelegenheiten Albanien und

„Gewiß nicht,“ sagte sie herzlich. „Ich habe heute nacht vieles gelernt und erfahren, von dem ich bisher keine Ahnung hatte. Sie sind ein Mann, der die Schule des Lebens durchgemacht hat, im vollen Sinne des Wortes ein Mann.“

Fritz Horn errödete leicht; dann aber deutete er auf den sanftmütigen Hans Meyer und meinte:

„Womit hat der es wohl verdient, daß ihr das Schicksal so weidlich und warm gebettet hat?“

Germine gab keine Antwort; sie zuckte mit den Achseln. Born begriff nicht recht, was sie damit sagen wollte; aber es war für ihn eine Befriedigung, daß sie sich seine vertrauliche und etwas verwegene Frage gelassen ließ.

Die Knechte erwachten mit der Morgenröte, wie es ihre Gewohnheit; es war ihnen wie ein Traum, die seine Stübchenbühner immer noch in der Turmstube zu finden; auch Meyer erwachte und sah grinsend am Tisch. „Sie haben wohl die Nacht verplaudert,“ sprach er. „Schlechtes Quartier! Wenn ich nur erst ein Frühstück hätte!“

„Und bei meiner lieben Mama wäre, damit sie mir bei der Toilette behilflich sein könnte,“ plottete Germine. „Wir machen uns jetzt auf den Weg,“ und zu Born sich wendend und ihm die Hand reichend:

„Schönen Dank für die Gastfreundschaft!“

Meyer zog seine Börse und wollte dem Fischer ein Zehnmärkstück reichen. Die vornehm sein sollende Wiene, die er dazu anmah, war äußerst feinsinnig und Born wies lächelnd das Geld zurück. Meyer stand ganz verblüfft da. Born verließ den Turm, um den anderen ihre Arbeit anzuweisen.

„Kommen Sie denn nicht merken, daß solch ein Mann keine Zehnmärkchen annimmt!“ sagte Germine zu Meyer. „Sie scheinen für diesen — diesen — Broletarier ein großes Faible bekommen zu haben,“ rief Meyer ärgerlich hervor. „Mir gefällt er ganz und gar nicht!“

„Das ist Geschwätz!“ meinte Germine kühl. „Und nun, bitte, verlassen Sie mich, damit ich die Bäuerin wieder in eine Dame verwandeln kann. Hoffentlich sind unsere Kleider trocken genug!“

„Merkwürdiges Widerspiel! Der Geist bei der Armut und die Eingebildetheit beim Reichthum! Wenn unsere bürgerliche Gesellschaft gegenüber dem Proletariat keinen besseren Repräsentanten hätte — würde sie morgen noch bestehen? Aber was geht das mich an? Wie nett ist doch so ein kleines Abenteuer in der Sommerfrische!“

Und sie lachte selber, daß es in dem alten Turm-gemach widerhallte.

3. Kapitel.

Des Feuers und des Herzens Glut. Am Ende des Dorfes Stigenbach, dicht an dem rauschenden Gewässer, das hier über steile Felsen herabstürzt, erhob sich ein Gebäude, sonderbar anzusehen, turmartig ragte es empor, mit dem Blicken an die Felswand gelehnt. Ursprünglich mochte es ein besser als gewöhnlich ausgebautes Bauernhaus gewesen sein. Der Besitzer war einer jener pfiffigen alten Bauern, die sich trotz in neue Verhältnisse zu finden und sie auch zu ihrem Vorteil auszunutzen wissen. Solcher Bauern gibt es mehr, als man gemeinlich glaubt. Dieser hatte, als die ersten Sommergäste nach Stigenbach kamen, gleich erfah, daß der Zug sich verliert und bei den Touristen und Sommerfrischlern das romantische Stigenbacher Thal in die Mode bringen werde. Darum hatte er auf sein Haus zwei Stockwerke setzen lassen, um Sommergäste unterbringen zu können. An das Haus lehnte sich ein Nebengebäude, in dem das Gewinde untergebracht war, nebst den Stallungen und der Scheune.

Das Haus sah nicht gerade sonderlich einladend aus; es war ziemlich düster. In seinem Innern war es wohllich, denn auch das dünne Fachwerk, aus dem die aufgeschropten beiden Stockwerke hergestellt waren, etwas bedenklich erhobte, sobald ein starker Windstoß daran stießte. Es bot sich hier oben eine prächtige Aussicht auf das seltsame Wildbachtal, und nicht mit Unrecht traute ihr der Hauseigentümer viel Aufmerksamkeitskraft zu.

In diesem Sommer sollten sich die Erwartungen der Stigenbacher auf einen reichen Zustrom von Sommergästen noch nicht erfüllen, und die Gastwirte, Zimmervermieter und andere, die im Sommer aus der Touristen Haut Nerven zu jähren den Gedanken, mühten ihre Gelfäße zähmen. Es waren nur wenig Sommergäste da, Germine mit ihrer Tante, Herr

Hans Meyer und sonst noch zwei oder drei „Stadtleute“. Germine und ihre Tante hatten in den oberen Räumen des geschichteten turmartigen Hauses sich einquartiert; die Tante hatte gemeint, zwei Treppen höher sie schon täglich einmal noch hinauf- und hinabsteigen, und oben war die Luft so gut! Von den neuen Modelldächern wehte ein würziger Duft herüber und die alte Dame meinte schon nach wenigen Tagen ihre Nerven gefährt zu fühlen. Sie schlief besser denn sonst; die rauschenden Wellen des Hochwassers schlürften sie ein, statt sie zu tören, wie sie gefürchtet.

Amalie Döbner, die Schwester von Germines Vater, war in ihrem Alter etwas kindlich geworden, doch lange nicht so sehr, um schwachsinzig zu sein. Sie hatte auch noch ihre Leidenschaft; sie strickte unaufhörlich Strümpfe mit ihren zitternden Händen, und was sie das Jahr über fertig gebracht, ward zu Weihnachtsfest armen Kindern besorgt. Stets hatte sie eine kleine Dose bei sich, in welcher sie von allen Herren, die sie traf, die abgegrünneten Zigarrenspitzen sammelte, die sie pfifflig alte Vierteljahr an den Frauenverein von Wendelsheim abfertigte, der aus dem Erlös gleichfalls Weihnachtsgaben für arme Kinder einsetzte. Die Sammlung der Zigarrenspitzen ward von der Tante noch leidenschaftlicher betrieben als das Strampfen; sie hielt diese Art von Wohlthätigkeit für einen äußerst wichtigen Beitrag zur Aenderung des menschlichen Glücks, und sprach sehr geringfügig von den Herren, welche die kostbaren Zigarrenspitzen verschleuderten.

Germine hatte nicht übermäßig viel Kurzweil in der Gesellschaft ihrer Tante, aber alle Interzessen und Pflichten geboten ihr, sich den Kommen der mandmal recht respektablen alten Frau zu fügen und bei ihr auszuhalten. Herr Meyers Anwesenheit war ihr deshalb nicht unangenehm. Zwar konnte seine Unterhaltung die Langeweile nicht aus dem ländlichen Quartier verjagen, aber in seiner Begleitung konnte Germine nach Herzenslust auf die Gebirge klettern oder durch die Wälder schlendern, und wenn dabei ein kleines Abenteuer ihrem Mutwillen Raum gewährte und ihre Begleiter von der kornischen Seite zeigte, so war ihr das, wie wir gesehen, gar nicht unwillkommen.

(Fortsetzung folgt.)

feines fogenannten Jürsten, würde in jeder Beziehung den Interessen des deutschen Volkes zuwider laufen.

Mexiko.

Amnestie für die Anhänger Huertas. Die Washingtoner Regierung drückt ihre Bereitwilligkeit aus, Bürgerschaften dafür zu übernehmen, daß die Anhänger Huertas volle Amnestie erhalten. Sie sollen nicht belästigt und ihr Eigentum nicht konfisziert werden.

China.

Das internationale Kapital. In Peking ist ein Abkommen geschlossen worden für die Bildung einer chinesisch-belgischen Gesellschaft zur Ausbeutung der Bodenschätze Chinas. Das Kapital beträgt 10 Millionen Dollar und wird zu gleichen Teilen in chinesische und belgische Aktien eingeteilt.

Parteinachrichten.

Protestbewegung gegen den neuen Polizeistatus in Württemberg. Der Landesvorstand unserer Partei in Württemberg erläßt in der Parteipresse einen scharfen Aufruf, worin eine Protestaktion größeren Stils gegen den neuen Polizeistatus angekündigt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß seit den letzten Landtagswahlen, die den schwarz-blauen Parteien eine Verstärkung brachten, der Kampf der Regierung gegen die Sozialdemokratie eine Verschärfung erfahren habe. Die Gesetzgebungsstätigkeit werde einem reaktionären Zug auf. Der Arbeiterklasse werde das höchste Angehörigste verweigert. Nachdem die Erhöhung der Beiträge durchgedrückt war, verweigerte die Regierung und die Erste Kammer jedes Zugeständnis in der Arbeitslosenfrage und jede Schonung der kleinsten Zugehörigen bei der Erhöhung der Gemeindefinanzkraft. Die bürgerlichen Parteien ließen sich, trotz ihrer den Wählern gegenüberenen Versprechungen, den Widerstand der Regierung gern gefallen. Ihre Presse jubelt darüber, daß von der Polizei nunmehr alle Mittel preußisch-sächsischer Staatsverfassung gegen uns angewandt werden. Strafen werden verhängt wegen des Mißbehrens roter Fahnen in Paraden, Gefangenenbesuche werden als Versammlungen unter freiem Himmel bezeichnet, weil Festreden dabei gehalten werden. Den Höhepunkt haben die Vorläufe der Reaktion erreicht mit der Auflösung der Stuttgarter Jugendorganisation. Die Auflösung der sonstigen Jugendorganisationen in Württemberg wird von den Behörden erzwungen. Die Regierung will den schärfsten Kampf, sie soll ihn haben, erklärt der Landesvorstand. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, ihn auf der ganzen Linie anzunehmen. In wenigen Tagen soll in allen größeren Städten des Landes gleichzeitig in Massenversammlungen zu den neuesten Ereignissen Stellung genommen werden.

Der Arbeiter darf singen — aber unter Polizeiaufsicht. In Bunzlau i. Schl. erhielt ein Steinmetz von der Polizei unter Strafandrohung die Aufforderung, Solognen und Bescheidnis der Mitglieder des Vorstandes des Arbeiter-Gesangsvereins Niederhieb der Polizei vorzulegen, denn nach Ansicht der Polizei „dient dieser Verein der sozialdemokratischen Propaganda und ist daher ein politischer Verein, d. h. ein solcher, der Einwirkungen auf politische Angelegenheiten bezweckt“. — Nun ist aber der Genosse, der sich dieser polizeilichen Aufmerksamkeit erwehrt, gar nicht Vorstandsmittglied eines Arbeiter-Gesangsvereins Niederhieb, der übrigens überhaupt nicht existiert. Die Polizei wird sich daher recht lange gedulden müssen, ehe ihrer Aufforderung Rechnung getragen wird.

Aus den Organisationen. Der badische Landesvorstand verzeichnet in seinem Bericht über das verlossene Geschäftsjahr eine Mitgliederzunahme von 8472. Die badische Parteiorganisation hat jetzt 22 697 Mitglieder. Die Rote Woche brachte in Baden 3869 männliche und 650 weibliche, zusammen 4519 Mitglieder, so wie 2386 Abkommenten der Parteipresse. Die Landtagswahl kostete 51 960 Mark.

Soziales und Volkswirtschaft.

11. Konsumgenossenschaftstag. In der Woche vom 14. bis 20. Juni tagt in Bremen der 11. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Nach dem Jahresbericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1913 sind dem Zentralverband 1157 Konsumvereine mit 11 621 000 Mitgliedern und einem Gesamtumsatz von gegen 505 Millionen Mark angeschlossen. Der Umsatz im eigenen Geschäft dieser Vereine betrug 472 Millionen Mark. In Badereien, Feisereien und sonstigen eigenen Betrieben stellten die Konsumvereine für fast 100 Millionen Mark Waren her, so daß also ein Fünftel des Umsatzes auf Waren kommt, die in eigenen Betrieben der Vereine hergestellt sind. Die Zahl der Mitglieder stieg 1913 um etwa 140 000, der Umsatz im eigenen Geschäft um 49 000 000 Mark. Die Großverbraucher-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine schloß 1913 ihr 20. Geschäftsjahr ab. Der Umsatz stieg um 18 Millionen Mark auf 154 Millionen Mark. Die Eigenproduktion dieses „Konsumvereins der Konsumvereine“ vermehrte sich um 3,1 Millionen Mark auf 11 Millionen Mark. Davon fallen 6 bis 7 Millionen Mark auf Seifenpulver, die in der Fabrik in Gröbbs bei Nien in Sachsen hergestellt werden und 3 Millionen Mark auf Zigaretten, die in den Fabriken zu Samburg, Sodenheim-Baden und Frankenberg-Sachsen angefertigt werden. Im Berichtsjahr wurde die Nordhäuser Sautafelarbeitergenossenschaft übernommen. Eine Teigwaren- und eine Seifenfabrik in Gröbbs, eine zweite Seifenfabrik in Düsseldorf und ein weiteres Zentrallager in Samburg sind im Bau begriffen. Die Verhandlungen, worüber wir berichten werden, bringen außer dem Jahresbericht des Vorstandes einen Vortrag über Befreiungen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes, der sich mit dem Antrag des Abgeordneten Professor Dr. Höpfer im preussischen Abgeordnetenhaus beschäftigt wird, und einen Bericht über neue Tarifverträge, die zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Konsumvereine

mit dem Zentralverband der Bäcker und dem Deutschen Transportarbeiterverband auf fünf Jahre abgeschlossen worden sind. Die Generalversammlung der Großverbraucher-Gesellschaft wird eine Erhöhung der Zahl der Geschäftsführer auf fünf und die Erhöhung des Stammkapitals um zwei Millionen auf sechs Millionen Mark beschließen.

Lokales.

Rüstringen, 11. Juni.

Zum Kapitel Soldatenmifshandlungen.

Vor einigen Tagen, die der Leitartikel in der Mitwochsausgabe des Blattes das Recht der Volk eroberte, erhielten wir nachstehenden Brief mit der Bitte um Veröffentlichung:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Vor nicht allzulanger Zeit fiel mir zum ersten Mal Ihr wertvolles Blatt in die Hände. Das, was Sie darin über Soldatenmifshandlungen schreiben, ist nicht im geringsten übertrieben. Noch schlimmer als solche Eingriffe aber sind die Schikanen, denen man ununterbrochen ausgesetzt ist, ohne das geringste Rechtsmittel dagegen zu besitzen.

Ich war bis zu meinem Eintritt beim Militär glühender Patriot im Sinne derer, die den Patriotismus allein für sich beanspruchen und überzeugter Gegner der Sozialdemokratie. Mit Freuden gab ich eine Stellung auf, die ich mir durch eigene Kraft und Arbeit erzwungen hatte. Leiden Scheitern schied ich aus einem mit hoch und teuer erworbenen Fremdenrechte, um meiner Wehrpflicht zu genügen. Durch allen möglichen Sport hatte ich meinen Körper für den Dienst unter den Waffen vorbereitet. Doch viel zu früh wurde meine glühende Begeisterung gedämpft. Schon in den ersten Tagen meiner Dienstzeit hatte ich Gelegenheit, den Militarismus und die Gefinnung derjenigen kennen zu lernen, welche uns zu Soldaten erziehen sollten. Ich habe schon mit Menschen aus den verschiedensten Kreisen verkehrt, aber solche gemeinen Ausdrücke und Schimpfwörter, wie sie hier anständigen Menschen gegenüber gebraucht werden, habe ich kaum von den verkommenen Offizieren der Gesellschaft gehört.

Nun darf aber niemand glauben, daß einem solche Schmeiße-namen nur ausnahmsweise an den Kopf geworfen werden und nur dann, wenn für den Vorgesetzten ein zufälliger Grund zur Unzufriedenheit vorliegt. Schon morgens, ehe man die geringste Gelegenheit gehabt hat, irgend einen Vorstoß gegen die Vorschriften zu begehen, geht die höflichste Schimpferei und Schelterei schon los und so ziemlich den ganzen Tag weiter. Ob man seine Pflicht erfüllt oder nicht, kommt dabei kaum in Frage. Verzeihen, wenn ichs einmischen will, nur der, der durch Streicherei das Wohlwollen seiner direkten Vorgesetzten erlangt hat. Willst du nun aber in einem Mann den freien Grundfähigen habenden Menschen, so werden alle Mittel angewandt, um diesem das Leben zur Hölle zu machen. Einen jeden Menschen, der noch halbwegs einen Rest von Ehregefühl in sich hat, muß bei einer derartigen, durch nichts gerechtfertigten Behandlung, das Blut in den Adern steigen. Seine beständigen Gefühle sieht man auf die unergiebteste Art und Weise in den Kot getreten, ohne sich im geringsten dagegen wehren zu können. Man könnte Hände füllen, wollte man die Schimpfen und Beschuldigungen, denen man hier ausgesetzt ist, alle aufzählen. Bei der Instruktion über Beschwerden wurde uns ausdrücklich gesagt: „Wenn Ihr Klag seid, beschwert Euch auch über einen Vorgesetzten überhaupt nicht!“ Was der das Beschwerderecht für einen Wert hat, kann jedermann ersehen.

Durch die Erfahrungen, welche ich als Soldat gesammelt habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß der Militarismus in seiner heutigen Form dem Soldaten fast alle in den Staatsbürgerlichen niedergeborenen Bürgerrechte nimmt und die, welche er noch hat, verkleinert und verfehlt. Er ist die geeignete Institution, um Menschen zu erziehen, wie sie unsere überlebte und ungerechte Gesellschaftsordnung braucht.

Der junge Soldat hat richtig herausgefunden, daß nur im vorkrieglichen Volksthum, das den demokratischen Staat zu verteidigen hat gegen äußere Feinde, die heutige Soldatenbehandlung und die Soldatenmifshandlungen eine Aenderung erfahren und aufhören werden. Er ist also gefahrloser als die hohen und niederen Militärs, die über die immer noch vorkommenden Soldatenmifshandlungen vor dem Reichstag kommen, aber von der Demokratisierung des Heeres und der Marine nichts wissen wollen.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband hält am Freitag den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, eine wichtige Mitgliederversammlung im Iwoli ab. In dieser Versammlung wird u. a. Bericht vom Verbandstag in Hamburg erstattet. Die Mitglieder seien an dieser Stelle noch besonders auf die Versammlung aufmerksam gemacht.

Autorenerei. Die Straßen- und Verkehrsordnung schreibt für Wohnmobile eine Geschwindigkeit von 15 Kilometern in der Stunde vor, die nicht überschritten werden soll in den Straßen der Stadt. Das ist ein Tempo, bei dem Unfälle leicht verhindert werden können. Leider ist seit einiger Zeit die Beobachtung zu machen, daß sich die Chausseure der zahlreicheren unsere Straßen belebenden Automobile nicht an die Bestimmungen halten. Besonders nach Schluß der Tanzmuffen z. B. jagen die Benzintrojanen dahin, als gälte es mit dem raschen Tempo das Seelenheil der Fußgänger zu retten, ohne Rücksicht auf Leben und Genußheit der sich sonst noch auf der Straße bewegenden Lebewesen zu nehmen. Gegen ein solches Gebahren muß im Namen der Allgemeinheit Protest eingelegt werden. Die Sicherheitsorgane müssen mehr als bisher dafür sorgen, daß das Rufen der Automobile in den Straßen der Stadt ein Ende nimmt. Die Befolgung der Maßung ist notwendig, ehe sich schwere Unglücksfälle ereignen.

Berschwundener Schultenob. Seit Dienstag früh ist der in der Bremer Straße 20 wohnende dreizehnjährige Knabe Adolf R. verschwunden. Er treibt sich wahrscheinlich innerhalb Rüstringens umher. R. ist mit brauner Jacke, blauer Hose, schwarzen Strümpfen und Sportschuhe bekleidet. Wer den Jungen trifft, bringe ihn nach seiner elterlichen Wohnung oder der Polizei.

Barisols Alder. Die große Remue Donnerwetter tabellos wird noch bis zum 15. Juni gegeben.

Wilhelmshafen, 11. Juni.

Eine öffentliche Sitzung des Bürgerverordnerkollegiums findet statt am Freitag den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr.

im großen Sitzungssaale des Rathhauses mit folgender Tagesordnung:

- 1. Kammerei- und Sparkassenangelegenheiten.
- 2. Deutung der Neupflasterarbeiten für 1914.
- 3. Baukosten.
- 4. Schulwesen.
- 5. Rathbenutzungen.
- 6. Stadtmärkte und Volksfeste.
- 7. Verschönerung.

u. Heeringen geht? Der Militärtrupp des jetzigen Stationskommandanten v. Heeringen soll nach den Meldungen der Kieler Zeitung und der Nordd. Allg. Ztg. bevorstehen.

Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion. Der Matrose Sulfrant und noch andere, deren Namen nicht ermittelt werden konnten, trieben am 18. April allerlei Unfug auf der Straße. Dem einschreitenden Schutzmann belegen sie mit einer Reihe unflätiger Reden. Gegen seine Festnahme widersetzte sich S. so, daß es nur mit Mühe gelang, ihn fortzubringen, da er um sich trat und schlug. Kurz vor der Kaserne schlug er abermals auf den einen Schutzmann los. Auch auf der Wache schimpfte und tobte er weiter. Den nächsten Tag sollte er die Kaserne nicht verlassen; er fand aber trotzdem eine Gelegenheit, sich davon zu schließen. Der Angestellte erhielt wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und unlaubter Entfernung 2 Monate 14 Tage Gefängnis.

Zweier. Die braven deutschen Turner hier, der Männerturnverein, der Mitglied der deutschen Turnerschaft ist, haben Meinungsverschiedenheiten mit der Höhe bekommen, auf Grund deren ihnen das Oberstufkollegium zum 1. Juli die städtische Turnhalle gekündigt hat. Das Ministerium hat die Kündigung bestätigt. Darob ergrimten die Männer und Jünglinge im Verein demassen, daß sie folgende Resolution faßten: „Die außerordentliche Hauptversammlung des Männerturnvereins Zweier am 9. Juni hat von der Kündigung der Turnhalle durch das Oberstufkollegium und der Entsetzung des Ministeriums der Räten und Schulen mit tiefer Entrüstung Kenntnis genommen, umsonst, als Gründe für die Kündigung nicht angegeben sind, und der Verein seinen Verpflichtungen als Mieter in jeder Beziehung nachgekommen ist.“

Einsparungen. Als die Ditt. Zeitung in Nordenham die ersten Nachrichten von dem Weiterbestehen der hiesigen Werft brachte, atmete die hiesige Gesellschaft erleichtert auf. Alles glaube nun, die erlösende Stunde gekommen zu sein. Das erscheint ja auch begründet, wenn man bedenkt, daß das gesamte Werftschiffleben sehr danieder lag. Die Finanzverhältnisse scheinen nun für die Werft geregelt zu sein, doch leider werden die Beschäftigten auf die erlösende Stunde verzichten müssen. Denn, soweit wir unterrichtet sind, wird die Leitung der Werft die bisherige Routine bedeutend erweitern lassen und auch in kürzester Zeit die Konsum-Anstalt in der Griesenstraße eröffnen. Also nicht die Sozialdemokratie ist mittelfristig feindlich, sondern wie Sigura zeigt, ist es hier wie überall das Großkapital, das den so hoch besungenen Mittelstand ruiniert. Bei Erkenntnis des kapitalistischen Charakters der heutigen Wirtschaftsordnung wird es daher auch jedem verständlich erscheinen, welches Interesse die Werksleitung resp. deren Gelöbter (wozu auch bekanntlich Minister Stein gehört) daran hat, daß hier eine Konsum-Anstalt eröffnet wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Juni. Ein schleuniger Antrag der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus verlangt Einstellung des Disziplinerverfahrens gegen den Abg. Liebknecht, das vor dem Ehrengerichtshof der Reichstagsverwaltung steht. Der Antrag wird von einer Reihe Fortschrittler unterstützt.

Elberfeld, 11. Juni. Auf dem Bahnhofs Barken-Mitterhausen fuhr ein einfahrendes Personenzug eine Rangierabteilung in die Gleise. Die Rangiermaschine wurde leicht, verschiedene Arbeiter des Personenzuges schwer beschädigt. Verletzt wurden 12 Personen, eine davon schwer.

London, 11. Juni. Die Daily News melden aus New-York: Die Staaten im Westen und um die großer Seen werden von einer Giterwelle heimgesucht, die schon 50 Menschenleben gefordert hat. Es herrscht eine Hitze von 32 Grad Celsius im Schatten, die stellenweise auf 37 Grad steigt. In den Spitälern werden hunderte von Sichelblutgällen behandelt.

Vaku, 11. Juni. Mehr als fünftausend Arbeiter der Rapphainindustrie sind wegen Lohnendifferenzen in den Ausstand getreten.

Wetterbericht für den 12. Juni.

Wolkig, schwacher Ostwind, ziemlich warm, ohne erhebliche Niederschläge.

Angeklagt Rat und Ausrüstung in gewerlichen u. Zitiel-rechtskammern erteilt für

verantwortliche Redakteure: Für Politik, Feuilleton und den übrigen Teil: Josef Kliche; für Lokales und Was dem Lande: Os'ar G. L. — Verlag von Paul Hug & Co., Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Die wollen nicht verstehen, auf das große Schuttlage bei H. Kliche, Wilhelmshavener Straße, Hauptstadt. Die gute Ware findet bei bittigen Preisen neuen Absatz. : : : : : 1954

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Rüstingen-Wilhelmshaven.
Dienstag den 16. Juni, abends 8.30 Uhr
 im Vereinshaus Godelweh, Ecke Börjens- und Schillerstr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht über den Verbandstag in Dresden. Referent: Kollege Wilh. Dammer, Lokalbeamter in Bremen.
 2. Verbandsangelegenheiten.
 3. Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen und interessanten Versammlung ist das **pünktliche Erscheinen aller Mitglieder** dringend notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Gewerkschafts-Kartell Leer.

Sonntag den 14. Juni
 in den Lokaltäten von **B. Fischer** und **H. Bösch**
 in Leer

8. Gewerkschafts-Fest

bestehend in **Festzug, Festrede, Gartenkonzert, Auführungen der Arbeiter-Sportvereine, Kinder-Vorführungen** und

Großem fest-Ball.

Wir laden hierzu alle Gewerkschaftsangehörigen von **Oberburg** und **Ostfriesland** freundlichst ein.
 Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand. **Der Festauschuss.**

Nordenham.

Am **Sonntag den 14. und Montag den 15. Juni 1914** im **Friesischen Hof** zu Nordenham:

15. Gewerkschafts-Fest.

Programm: **Nachm. 1 Uhr** Abmarsch der Einwardener Arbeiterschaft u. **Tivoli**, **nachm. 3 Uhr** in der **Festhalle**: **Auffstellung des Festzuges**, **nachm. 3.30 Uhr** Abmarsch durch die **Sauptstrassen Nordenhams** zum **Festplatz**; dortselbst **Festrede**, gehalten vom **Gen. Joh. Brunns**, Nordenham. **Festbälle** im **Friesischen Hof**, **Lindenhof**, **Union u. im Tivoli**, Einwarden. — **Am zweiten Tage** **Ball** im **Friesischen Hof**.

Auf dem **Festplatze** sind **alle Vuden aller Art** vertreten. Zu **möglichst** **vollständiger Beteiligung** ladet alle organisierten **Arbeiter** von **Nordenham** und **Umgegend** freundlichst ein.
Das Gewerkschafts-Kartell.



Billiger Seefisch-Verkauf

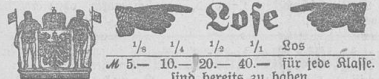
findet am **Freitag**, von **morgens 8 Uhr** bis **abends 8 Uhr** auf dem **Hofe** des **Herrn Axel Winter**, **Restaurant Wellfälliger Hof**, **Königsstraße 138**, zu **sehr billigen Preisen** statt.
Hochachtungsvoll

Geestemünder Fisch-Großhandlung

Fahrrad-Klaus „Frisch auf“, Offenbach a. M.

(Eigentum des **Arbeiter-Nachfahrers-Bundes** Solidarität)
 Bei Bedarf in **Fahrradartikeln** wollen Sie nicht veräußen, unser **großes Lager** in **erstklassigen** **Fahrrädern** und **Zubehörteilen** anzusehen. **Wir führen** nur **erprobte, gute Waren**.
28 Filialen! **Bis zu 500 Verkaufsstellen!**
Verkaufsstelle Rüstingen, Werftstraße 70
Besteingerichtete Reparatur-Werkstatt im Hause.

5. Preuß.-Südd. (321. Kgl. Preuß.) Klassenlotterie



R. Fahsel, Delmenhorst
 Königl. Preuss. **Lotterie-Einnehmer.** **Wahnhofstr. 38**
Lotteriedirektor. **23577** **Fernsprecher Nr. 427.**

Neuenburger Hof.

D. Jacobs Wwe., Inh.: Gehr. Jacobs.
 Luftkurort **Neuenburg** am **Urwald**.
 Direkt am **Bahnhof**. **Telefon Nr. 47.**
1877
Großer Saal (400 Personen fassend), **Veranda**, zwei **Regelbahnen**, **schöner, großer Garten** mit **schattigen Naturlauben**.
Bei größeren Vereinen und Schulen **vorüberige Anmietung** erbeten.

Ausserordentl. vorteilhaftes Angebot!

Nur solange der Vorrat!!

Solide Strapaazier-Hosen
 extra stark, für den **werktägl. Gebrauch**
 Mk. 9.00 7.80 6.50 5.80
 4.50 3.75 2.50 bis

1.95

Moderne Hammg.-Hosen
 elegante Streifen, zu
 6.50 5.80 4.50 3.75 bis

2.50

Elegante Hammg.-Hosen
 passend zu **Marengo-Jackets** zu Mk. 8.50
 7.50 6.80 5.50 4.80 bis

3.60

Hochmod. Hammg.-Hosen
 hocheleg. Anmusterung: **Verarbeitung**
 erstklassig Mk. 16.00
 14.00 12.50 10.50 9.50
 8.50 7.80 bis Mk.

5.80

Hosen
 Konfektionshaus
KARIEL
 2352

In Verbindung mit mehreren ersten Kleiderfabriken kaufe ich **grosse Restbestände** **kolossal billig** gegen **sofortige bare Kasse**. Ich biete diese **Vorteile** meiner **werten Kundschaft** als **abnorm billig** an.

Große Vorteile

haben Sie beim Einkauf von

Walküren-Stiefel

Dieselben sind **dauerhaft** und **solide gearbeitet**, **unerreicht** in **Formen** und **Auswahl**. [1582]

— **Große Schuhmacher-Werkstatt** und **Anfertigung nach Maß.** —
Trost & Wehlau, **Schuhmachermeister**
 Wilhelmshavener **Strasse 70.**
 .. **Bismarckstrasse 54** ..

Achtung!

Gewerkschaftskassierer.
Mit den Waimarkten
 ist bis zum **15. d. M.** **abzuzugnen.**
Der Obmann: S. Meijer.

Eala frya Fresena

Sonnabend den 13. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 im **Vereinslokal Friedrichshof.**
2350 **Der Vorstand.**

Freie Turnerschaft Sande.

Am Freitag den 12. Juni
abends 8 1/2 Uhr:
Monats-Verlammlung
 Da das **neue Bundesmitgliedsbuch** **eingeführt** wird, ist das **Erscheinen** sämtlicher **Jungenossen** **notwendig.** Das **alte Buch** ist **mitzubringen.**
Der Vorstand.

Kaiser-Wilhelm-Saal

Ecke Rieder und Bismarckstr.
Gute Freitag:
Grosser öffentlicher Ball.
 Es **ladet** **freundl. ein**
Fr. Seltor.
Beste 7-8 Wochen alte
Sertel
olbent-Rolle **preiswert** **zuverkaufen**
G. Junken, Müll., Heinestr. 30 [2342]

R.-Z.-B. An der Jade.
Freitag den 12. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 im **Vereinslokal Friedrichshof.**
2340 **Der Vorstand.**

Bürgerverein Neuende.

Sonnabend den 13. Juni er.,
abends 8 Uhr:
Versammlung
 im **Neuender Hof.**
2351 **Der Vorstand.**

An-u. Abmelde-Formulare

liefert **Paul Hug & Co.**

Arbeiter-Turn-Verein Germania.

Sonnabend den 13. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 in **Sadowassers Tivoli**
 Wegen **wichtiger Tagesordnung** ist es **Pflicht** eines **jeden Mitgliedes**, in **dieser Versammlung** **zu erscheinen.**
Der Vorstand.

Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Odenburg.
 Die **Arbeiten** des **Baunterners** **Wühlmann** in **August** **sehn** am **Bahnhofsbau** **sind** wegen **Lohnrückfragen** **gestoppt.**
 Die **Berufsälteren** werden **dringend** **erhucht**, **August** **fehln** **zu** **meiden** und **volle** **Solidarität** **zu** **üben.**
Die Ortsverwaltung.

Verein für Tierschutz und Geflügelzucht, Rüstingen.

Nachruf!
 Am **8. Juni** **verstarb** **unser Mitglied**
Herr Theodor Clausing.
 Der **Verein** **verliert** **in** **ihm** **ein** **strebsames** **Mitglied.** **Sein** **Andenken** **wird** **von** **uns** **stets** **in** **Ehren** **gehalten** **werden.**
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer und Berufsgeossen.

Zahlstelle Rüstingen-Wilhelmshaven.
Freitag den 12. Juni,
abends 8 Uhr
Versammlung
 bei **Herrn Georg Schrön,**
Jadebühl. [2347]
Die Ortsverwaltung.

Verband der [2349]
Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Zahlst. Rüstingen-Wilhelmshaven.
Freitag den 12. Juni,
abends 8 1/2 Uhr.

Mitglieder-Versammlung
 in **Sadowassers Tivoli.**
 Da **in** **dieser** **Versammlung** **Bericht** **vom** **Verbandsstag** **erstattet** **wird,** **so** **ist** **das** **Erscheinen** **jämmtlicher** **Kollegen** **erwünscht.**
Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Rüstingen.
Sonnabend den 13. Juni,
abends präz. 8 1/2 Uhr:

Monats-Versammlung
 im **Vereinslokal Oden.**
 Allezeitiges **Erscheinen** **der** **aktiven** **und** **passiven** **Mitglieder** **erwartet**
Der Vorstand.
NB. Gute **Donnerstag,**
abends 9 Uhr **Vorstandssitzung.**

Eodes-Anzeige.

(Statt besonderer Anzeige.)
 Am **9. d. M.,** **nachmittags 10 Uhr,** **schied** **aus** **einem** **arbeitsreichen** **Leben** **nach** **langem,** **qualvollem** **Leiden** **im** **Willehad-Hospital** **unser** **herzensgute** **Mutter,** **Schwieger** **und** **Großmutter, die**
Witwe Maria Mehnert
 2366] **geb. Determann**
 im **73. Lebensjahre.** **Um** **stille** **Teilnahme** **bitten** **die** **trauernden** **Hinterbliebenen**
Rüstingen, 11. Juni 1914
Enkelab. Mehnert u. Frau
Ed. Mehnert u. Frau
W. Ariens und Frau
Umanda geb. Mehnert.
Beerdigung: **Sonnabend**
den 13. d. M., **nachm. 3.20**
Uhr, **vom** **Willehad-Hospital**
aus **auf** **d. alt. Sand. Friedhof.**

Danksgiving.

Zurückgekehrt **vom** **Grahe** **unf.**
so **fröhlich** **Verstorbenen** **sagen** **wir**
allen **denen,** **die** **uns** **zur** **Seite**
standen, **insbesondere** **seiner** **Weg-**
geleitete **wie** **Kollegen** **unseren**
herzlichsten **Dank.** [2364]
Witwe M. Thöle, geb. Urban
nebt **Angehörigen.**

Danksgiving.

Für **die** **vielen** **Beweise** **hergl.**
Teilnahme **bei** **dem** **Hincheiden**
unseres **lieben** **Enkelsohnes** **sagen**
wir **allen** **Beteiligten** **unsern** **herz-**
lichsten **Dank.** [2363]
Widelsfahr, 11. Juni 1914.
W. Wiltbern und Kinder.

Danksgiving.

Für **die** **vielen** **Beweise** **uniger**
Teilnahme **beim** **Hincheiden** **un-**
serer **lieben** **Lehrer,** **sagen** **wir**
allen **auf** **diesem** **Wege** **unsern**
herzlichsten **Dank.** [2361]
Wegen, den 11. Juni 1914.
Chr. Sieghold und Frau
nebt **Angehörigen.**

Manches Geldstück sparen

viele **Familien,** **indem** **sie** **die**
Stoffe **zu** **ihren** **Anzügen** **und**
Kleidern **direkt** **ohne** **Zwischen-**
handel **aus** **renommierten** **Fabrikanten**
bestellen. **Eine** **empfehlenswerte**
Art **dieser** **Art** **ist** **die** **Textil-**
fabrik **Schwetfah & Seidel** **in**
Spremburg i. L., **welche** **ihre**
neuen **Musterkollektionen** **Inter-**
essanten **zum** **Best.** **Für** **die** **Stell-**
ität **genannter** **Firma** **und** **die**
Ölle **der** **geheften** **Stoffe** **besteht**
die **Zufuhr,** **hat** **sie** **bereits** **über**
130.000 **Familien** **zu** **ihren** **hän-**
digen **Runden** **gäbte.** **Der** **heutigen**
Nummer **unseres** **Blattes** **liegt** **ein**
Kopie **der** **Firma** **bei,** **welcher**
der **bejondere** **Beachtung** **unserer**
Leser **wert** **ist.** [2359]

Die Mühlhauer Polizeischlägen vor Gericht.

Vor der Mühlhauer Strafkammer begann am Dienstag die Verhandlung gegen den Redakteur der Mühlhauer Volkszeitung, Genossen Geiler, wegen einer Reihe Artikel, die Bezug nehmen auf die Streiktruppe im Juli 1913 am Mühlhauer Nordbahnhof. Von der Staatsanwaltschaft sind 87 Zeugen und von dem Angeklagten 50 Zeugen geladen.

Nach Verlesung der umfangreichen Klagechrift und der unter Anklage stehenden acht Artikel gibt der Angeklagte Geiler eine Erklärung ab, wonach er die volle Verantwortung übernimmt; er sei selbst der Verfasser der Artikel. Der Angeklagte gibt eine Schilderung der Tatsachen, die zu dem Streik der Arbeiter bei der Berliner Tiefbaufirma Berger geführt haben. Die Bezahlung des tarifmäßigen Lohnes habe die Firma verweigert und dem Bauarbeiterverband geantwortet, sie fürchte einen Streik nicht, sie sei vielmehr gerüstet, Polizei sei auch bereit. Die Eisenbahnverwaltung, die die Arbeit ausführen ließ, habe der Arbeiterorganisation geantwortet, sie habe keinen Einfluß auf die Unternehmerrfirma. Unterirdischen mißte er ganz besonders, daß, bevor die Polizei eintritt, die größte Ruhe im Streikgebiet herrscht habe und vor allem die Führer der Bauarbeiter und die Mühlhauer Volkszeitung stets zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hätten. Eine Vermittlung der Streikenden mit den angeordneten Streikbrechern, die aus Polen, Litauen und Galizien stammten, habe die Polizei stets verhindert. Die Anmahnungen im Streikgebiet seien, da die Polizei tagtäglich größere Polizeiaufgebote beordert habe, gescheitert. Die Angaben in den Artikeln seien von sicheren Gewährsmännern, teilweise auch auf seine persönliche Kenntnisnahme zurückzuführen. Er war über das Vorgehen der Gendarmen und Sicherheitsbeamten empört und habe dies dem Regierungsrat Wiebermann gesagt. In seiner Erklärung äußerte der Angeklagte auch, daß er selbst einen Schutzmann gesehen habe, der entweder nicht bei dem Streik oder betrunken gewesen sei. Unter diesem Eindruck seien die Artikel geschrieben worden. Er wäre auch heute als Redakteur eines Arbeiterblattes nicht in der Lage, die Dinge anders zu schildern, wie dies geschehen sei. Die Regierung stand nach dem Tode der beiden Arbeiter auch auf dem Standpunkt, daß den herrschenden Zuständen ein Ende bereitet werden müsse, da sie keine weitere Verantwortung tragen könne.

Der erste Zeuge ist der Kreisdirektor und Polizeipräsident v. Kewarski. Er gibt ebenfalls eine Schilderung der Vorkommnisse am Nordbahnhof. Nach Ausbruch des Streiks habe er zur Verstärkung der Polizei 40 Schutzleute und 50 berittene Gendarmen beordert, die die Arbeitswilligen und auch das Material hätten schützen sollen. Bei den späteren Vorgängen seien dann Polizisten verletzt worden, worauf die Polizei blank gezogen hätte. Es wären am 7. Juli mehrere Tausend Menschen angeammelt gewesen; aus der Menge sei mit Steinen geworfen worden, und auch Schüsse seien gefallen. Darauf hätten die Gendarmen geschossen und zwei Arbeiter tödlich verletzt. Es stellte sich heraus, daß die Kugeln, mit denen die Arbeiter getötet wurden, aus Gendarmen-Karabinern herrührten.

Dem Zeugen Regierungsrat Wiebermann von der Kreisdirektion Mühlhausen ist aufgefallen, daß da, wo keine Schutzleute waren, die Demonstranten auf die arbeitswilligen Polen, die im Streikgebiet arbeiteten, zuströmten. Er habe beim Polizeipräsidenten angetragt, das Terrain abzusperren. Die Firma habe, als sie die Arbeit übernahm, von dem Tarif nichts gewußt, so sei ihm wenigstens von dem Vertreter der Firma gesagt worden. Polizeilichen Schutz habe er der Firma zugesichert. Gleich am ersten Tage habe er Steinwürfe gesehen und bedrohliche Ausstriche gehört. Ein Zentrumsabgeordneter des Landtages habe ihm auf der Kreisdirektion mitgeteilt, daß etwas in der Stadt vorgehe, denn es sahren so viel raschfahrende Patrouillen herum, die mit den aus der Fabrik kommenden Arbeitern konferieren. Am 7. Juli sei ein Steinbagel auf die Polizisten erfolgt und aus der Menge der Demonstranten geschossen worden. Der Polizeipräsident habe darauf Militär requirieren lassen. Am gleichen Abend seien die tödlichen Schüsse auf die zwei Arbeiter gefallen. Der Polizeipräsident erklärt hierzu, daß er eine Vermittlung nur aufnehmen darf, wenn beide Parteien darum nachkommen. Der Verteidiger macht hierzu geltend, daß selbst die Regierung Vermittlungen verjuche, wenn die rechtliche Lage für die Arbeiter, wie es hier der Fall war, so offen zu Tage liegt. — Auf Vertragen mußte der Regierungsrat zugeben, daß ihm bekannt gewesen sei, daß die Firma Berger nicht das geringste Angebot gemacht habe. Zugeben mußte der Zeuge auch, daß er gefragt habe, mancher andere Beamte hätte den Befehl zum Schießen eher gegeben als der befehlgebende Polizeikommissar.

Der Polizeikommissar Groppenhauer erklärt, daß es Aufgabe der Polizei sei, die Arbeitswilligen zu schützen. Durch Sabotage sei verhindert worden, die Arbeit zu verhindern. Im weiteren Verlauf seiner Aussagen erklärt der Zeuge, daß die Bevölkerung in Angst geschwebt habe; so sei ihm mitgeteilt worden, daß Häuser mit Dynamit in die Luft gesprengt werden sollten.

Der Landtagsabgeordnete Emmel, der eines Tags in das Streikgebiet kam, sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß er auf dem Streikterrain nicht bleiben dürfe. Emmel habe jedoch erklärt, er bleibe, da er als Abgeordneter und

Mitglied der Budgetkommission ein Recht dazu habe. Da Emmel von der Firma keine Genehmigung hatte, auf dem Platz zu bleiben, habe er den Abgeordneten durch zwei Gendarmen aus dem Streikgebiet fortführen lassen. Daß Schutzleute betrunken gewesen wären, sei unwahr. Es waren zwar heiße Tage und die Schutzleute hätten in der Pantoffel-Gelegenheit zum Trinken gehabt, aber kein Schutzmann sei betrunken gewesen. Zutreffend sei es auch nicht, daß die Unternehmerrfirma besonders geschädigt worden sei, weil es eine Berliner Firma war. Der Zeuge erzählt eine längere Geschichte von einem Arbeiter, von dem der Verteidiger den Nachweis erbringen will, daß der betreffende Arbeiter als gestrichelt bekannt sei. Schüsse habe der Zeuge auch gehört, ebenso Würfe mit Fätschen gegeben. Darauf sei er mit zwei Schutzleuten in eine Wirtschaft gegangen und habe dort, wo Arbeiter saßen, die Aufforderung erteilt, alle Gäste sollen die Hände hoch heben, und dann seien die Gäste unterjocht worden, ob sie Waffen bei sich haben. Die Hände habe er deswegen hoch heben lassen, weil die Gäste ev. mit Biergläsern oder Streichholzbehältern hätten werfen können. Als er aus der Wirtschaft herauskam, habe er wieder einen Schuß gehört. Das Publikum habe er zum Fortgehen aufgefordert und selbst einen Schreckschuß abgegeben. Am 7. Juli abends sei ein regelrechtes Steindombombardement auf die Polizisten und Gendarmen erfolgt. Als der Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, nicht Folge geleistet wurde, habe er den Befehl erteilt, blank zu ziehen und langsam gegen die Menge vorzugehen. Ueber Anstreifen bei dem Vorgang, bei welchem die tödlichen Schüsse auf die beiden Arbeiter fielen, könne er nichts ansetzen, da er 100 Meter von der Stelle entfernt war. — Der Verteidiger macht bei der Vernehmung des Zeugen darauf aufmerksam, es sei merkwürdig, daß von den angegebenen verletzten Beamten kein ärztliches Zeugnis vorliege.

In der Mittwochs-Sitzung wird als erster Zeuge der Abgeordnete Emmel vernommen, der ausfragt: ihm sei vom Bauarbeiterverband mitgeteilt worden, daß die Arbeitswilligen in neuen Baracken untergebracht seien. Er sei dann ins Streikgebiet gegangen, sei aber dort von zwei Gendarmen vom Platz fortgeführt worden. — Der Bürgermeister Hofmann von Mühlhausen befragt, daß der Polizeipräsident nicht betritten habe, daß Streikende von der Polizei gehindert wurden, mit den zugewiesenen Arbeitswilligen zu sprechen. — Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung protestiert der Verteidiger dagegen, daß die höheren Polizeibeamten fortgesetzt in die Zeugenansagen eingreifen. — Die von der Staatsanwaltschaft geforderten Zeugen können Positives über Bedrohungen u. s. w. nicht auslegen, das meiste beruht auf Gerüchten. Einigen Zeugen ist von ihren Frauen mitgeteilt worden, daß in der Stadt Gerichte umhergeschwieben, nach welchem Häuser, in denen Arbeitswillige untergebracht sind, in die Luft gesprengt werden sollten. — Die Gendarmen befanden, daß die Anmahnungen fast täglich stärker geworden seien. Steinwürfe hätten sie gesehen, außerdem wären ihre Pferde von Steinwürfen getroffen worden. Von Stillsitzen sei zuerst geschossen worden, dann hätten die Gendarmen von ihrer Waffe Gebrauch gemacht. Dasselbe sagten auch die Schutzleute aus.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der Schutzmann Chre vernommen, der am 4. Juli am Nordbahnhof Werten gestanden hat. Er führte aus: Aus der Menge heraus sei nach den Polizisten mit Steinen geworfen worden. Die Behauptung, daß er auf einen Jungen geschien und denselben geschlagen habe, treffe nicht zu. — Der Zeuge Ehrhard, Steinbauer von Beruf, befragt: Er habe gesehen, daß drei Schutzleute auf einen Randtor zugehen und der Randtor von einem Schutzmann geschlossen wurde und zwar von hinten. Der Geschlagene stand allein auf der Straße. — Der Geschlagene hat zu Protokoll gegeben, daß er von hinten geschlagen wurde, und daß er eine schwere Verletzung davon getragen habe, so daß er drei Wochen im Krankenhaus liegen mußte und drei Monate arbeitsunfähig war. — Die ferner vernommenen Schutzleute wissen von Uebergriffen ihrer Kollegen nichts. — Der nächste Zeuge ist ein junger Kolllipfel, der befragt, daß er vom Schießen aus einer Wirtschaft nichts gehört habe. Er habe sich vor Angst in einem Feld versteckt. Der Zeuge hat eine lahme Hand und sagt aus, daß er von Schutzleuten geschlagen, dann gefesselt und abgeführt worden sei. Fußtritte habe er auch erhalten.

Stadtrats-Sitzung.

Rütrigen, 11. Juni 1914.

Gestern nachmittags fand um 3 1/2 Uhr eine Sitzung des Magistrats und Gemeindefrats und eine Sitzung des Magistrats und des Stadtrats statt. Die reichhaltige Tagesordnung wurde in 3 1/2 stündiger Sitzung erledigt.

1. In zweiter Sitzung wurde die Veränderung des Regulativs über die Befoldungsverhältnisse der Lehrer an den höheren Lehranstalten genehmigt.

2. Desgleichen in zweiter Sitzung die Regelung der Befoldungsverhältnisse städtischer Beamter und Ergänzungen zu dem Statut über Anstellung der Gemeindefeldbeamten.

3. Der Stadtrat stimmt in zweiter Sitzung der Bürgermeistersübernahme für den Bauverein Dohmsen zu und genehmigt die Übernahme von 4 Anteilen à 250 Mk. Der Magistrat erhält durch einen Vertreter Sitz und Stimme im Ausschussrat.

4. Schlußsachen. Der Stadtrat erklärt sich damit einverstanden, daß dem Staat, der die Pensionistenliste für die Lehrer der Bürger-

schule, die zum Realgymnasium übergehen, voll übernimmt, der dafür angelegte Fonds von über 9000 Mk. überwiegen und dazu noch eine Umladungssumme von 4600 Mk. gewährt wird. — Von allgemeinem Interesse aus den weiter verhandelnden Schulfragen ist, daß der Stadtrat dem Antrag des Vorstandes der katholischen Volksschule zustimmt, nach welchem eine für zwei Klassen ausreichende Schulbarock angekauft werden soll.

5. Stadtrat. Dem Gemeindefrat hat in der letzten Sitzung eine Vorlage über den ersten Abschchnitt des Stadtplatzes vorgelegen. Er hat diese Vorlage an den Finanzausschuß zurückverwiesen, nachdem er dem Abschluß eines Vertrages mit dem Gartenarchitekten Wäge zugestimmt hat. Der Vertrag mit Wäge, wie er nunmehr definitiv abgeschlossen ist, liegt vor. Die Verhandlungen im Finanzausschuß haben sich befaßt einmal mit dem feinerzeit vorgelegten Kostenausschlag. Bei diesen Verhandlungen war der Gartenarchitekt Wäge zugegen. Er hat zu dem vorliegenden Anschlag noch ergänzend beantragt, nachträglich zu bewilligen: 1. 1318,35 Mark für die Anlegung eines Strandes im vorderen Teil des Parks, der notwendig wird durch die Verdrängung des Eingangs zum Friedhof. Es entfiel vorne eine größere Fläche, die auf diese Weise am besten ausgenutzt wird. — 2. 606,37 Mark für Bereinigung des Kanalprofils an der Brücke vor dem Friedhofseingang. Es ist dann in jeder Lage für spätere Zeiten die Verteilung eines Laßes vorgelegen, das in der Lage des Kanals liegt. Dieses Verfahren bietet auf der anderen Seite den Vorteil, daß die Brücke entsprechend kleiner vorgehen wird. — 3. 1700,98 Mark zur Wiederherstellung des Kanals in der Führung des Kanals. Entsprechend einer Vorlage des Hochbauamtes, die diese allerdings für eine Verschlechterung erklärt hatte, die jedoch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sei, hatte der Magistrat der Veränderung der Form des Kanals zugestimmt. Es war bereits die Kostenliste abgeleitet. Durch erneute Herstellung dieser Arbeiten entstehen 1700,98 Mark Kosten. — 4. 600,00 Mark für Herstellung des Hofweges am Kanal. Es erschien zweckmäßig, diesen Weg mit Pfosten zu bestreuen, damit der Pfosten vorstehen ist, und ihn nicht in Kies anzuheben. Das vorgeschlagene Verfahren ist wesentlich billiger und erfordert auf die Dauer nicht die Unterhaltung. — Von diesen Vorarbeiten von 4345,65 Mark können 2000 Mark aus der Position Verschriebenes des in voriger Sitzung vorgelegten Kostenausschlages für den ersten Abschchnitt gedeckt werden. Der Rest muß gedeckt werden aus der im Etat vorgezeichneten Summe von 37500 Mark. Die Kanalarbeiten sind für einen Betrag von 33000 Mark der Firma Schlichter zugesagt. Der Mehrbetrag war für einwache Erneuerungen vorgesehen. Der Finanzausschuß hält die Ansetzungen des Herrn Wäge für sehr zweckmäßig und empfiehlt, dieselben zuzustimmen.

Der Stadtrat stimmt ohne Debatte dafür. Ebenfalls fand der mit Herrn Wäge abgeschlossene Vertrag Zustimmung.

6. Wahl eines Mitgliedes des höheren Schulvorstandes. Stadtrat Hanzen schlägt den Parteisekretär Julius Meyer für diesen Posten vor. — Bürgermeister Lueken trägt eine Anregung von Frau Direktor Mah vor, aus Zweckmäßigkeitsgründen einen Arzt zu wählen. — Stadtrat Koch hält diesen Vorschlag für zweckmäßig, schon im Hinblick auf die bevorstehenden Schulwahlen. Neben erinnert an einen früheren Vorschlag Gensens, nicht den gesamten Magistrat im Vorstand der höheren Schulen zu belassen. — Der Bürgermeister hält die ganze Organisation des Schulvorstandes für mangelhaft. In Preußen komme man die Körperschaft Deputation und hätte sie die Funktionen wie bei uns die einzelnen Kommissionen, die die Vorlagen für die Beratung im Stadtrat vorzubereiten hätten. In Oldenburg sei der Schulvorstand eine Korporation für sich. Sollte der Stadtrat einer Umorganisation näher treten, so empfehle sich eine Prüfung in diesem Sinne. In diesem Falle genüge die Delegation eines Magistratsmitgliedes, — Magistrat Hagen. Die vorliegende Wahl ist kein Anlaß zu starken Bedenken. Es handelt sich um die Bestellung eines Laien-Elements. Der Wunsch der Frau Dr. Mah entfremde den Anschauungen seiner Freunde, könne aber jetzt nicht in Frage kommen. Die Anregungen des Bürgermeisters verlegen den Zweck, eine andere Zusammenfassung des Schulvorstandes herbeizuführen. Dagegen hätten auch die anderen Mitglieder des Magistrats nichts einzuwenden. — Stadtrat Koch hat prinzipiell nichts gegen die Wahl Meyers einzuwenden. — Darauf wird Meyer gewählt.

7. Bauverein Rütrigen. Der Bürgermeister erklärt, daß auf Wunsch einiger Magistratsmitglieder dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt sei, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, sich gegen Anträge und Beschuldigungen, die in der Öffentlichkeit in einer Versammlung des Bauvereins Rütrigen erhoben worden seien, zu äußern.

Schubert Kunze schildert die Differenzpunkte mit dem Bauverein und erklärt, wie der Magistrat zu seiner Stellungnahme gekommen sei. Danach hat sich herausgestellt, als der Verein die Giebelhäuser Straße bebauen wollte, daß die Grundbesitzeranlage nicht ordnungsmäßig liege. Anfolge der unternommenen Verhandlungen mit dem Reichsamt des Bauern hat sich der Bau des Kanals solange verzögert, daß beim Besiegen der Wohnungen eine Entwasserung in Frage gestellt war. Der Magistrat hat aber sein Möglichstes getan, um den Mietern keine Ungelegenheiten zu machen. Ein zweiter Differenzpunkt sei die Anlage der elektrischen Beleuchtung gewesen. Das Reichsamt habe geschrieben, an welchen Stellen die Masten aufgestellt werden sollten. Da im Vertrag mit dem Reichsamt Anbestellung vorgelegen sei, habe der Magistrat die Sache zurückgelegt, um das Reichsamt zur Anbestellung zu veranlassen. Darauf sei ein neues Schreiben des Reichsamtes eingegangen, die Leitung durch die Gärten von hinten herum zu legen. Der Magistrat habe nun angenommen, dieser Antrag sei im Einverständnis mit dem Bauverein gestellt und habe deshalb zugestimmt und dem Verein eine diesbezügliche Mitteilung gemacht. Der Magistrat sei deshalb sehr überrascht gewesen, als der Verein protestiert habe. Die Annahme des Magistrats, das Reichsamt habe sich mit dem Verein in Verbindung gesetzt, ist eben eine irrige gewesen. Der Verein habe aber geglaubt, der Magistrat wolle ihn chikanieren. Der Fiskus habe den Ausbau der Giebelhäuser Straße imd. Leitung der elektrischen Masten bis 1917 zu bewerkstelligen. Im dem Verein die unzulässigen Kosten zu erparieren, habe der Magistrat eben den Fiskus jetzt schon zum Legen des Kanals drängen wollen. Ein diesbezügliches Schreiben sei aber noch nicht eingelegt; persönliche Rücksprache mit dem hiesigen Vertreter des Reichsamtes und eine telephonische Anfrage im Reichsamt seien ohne Erfolg gewesen.

Stadtrat Koch äußert sich zu der Erklärung des Schubert Kunze. In der Beleuchtungsangelegenheit habe sich, daß der Verein mit dem Reichsamt Verhandlungen über die Aufstellung der Masten gepflogen habe. Dies sei vom Magistrat abgelehnt und

Bauarbeiter! Besucht Montag die Hüttmann-Berammlung im Livoli.

Dafür die Mitteilung empfangen, die Käufer probierfähig zu be-
leuchten und die Leitung durch die Gärten zu legen. Die Straßen
würden dann im Sicht geholt haben. Der Verein habe verlangt,
der Magistrat stellt die Straßen für wie früher auf Kosten des
Vereins. Das Reichsamt habe für die Beleuchtung der Straßen
nicht zu sorgen. Bei der Verhandlung mit dem Betriebsamt habe
der Verein doch annehmen müssen, der Beamte habe die Berechti-
gung dazu gehabt. Die eingezogenen Mieter seien immer noch
ohne Beleuchtung. Unverständlich sei auch die kurze Mitteilung
des Magistrats gewesen. Die Straßen werden durch die Gärten
gelegt. Der Verein hat die Kosten zu zahlen. Der Verein habe
sich noch nicht geäußert, von ihm verursachte Kosten zu bezahlen.
Bürgermeister Luffen: In der Form, wie Herr Müller
die Sache schildert, ist mir die Angelegenheit nicht bekannt. Auf
eigene Rechnung kann der Verein jeden Tag die elektrische Anlage
haben.

Ratsherr Hug: Ich befreie wohl, wenn Herr Müller sich
wundert, daß der Syndikus diese Sachen so lehrhaftlos und
in sachlicher Beschränkung vorgebracht hat. Dieser ist in einer
anderen Lage wie Schrön und ich. Er kann nicht so empfinden
wie wir, wenn kränkende Vorwürfe erhoben werden. Die Akti-
güter ist an sich eine Appalie. Ein Weg oder ein Schreiben ins
Magistratsbureau hätte die Mißverständnisse beseitigt. Herr Müller
ist Stadtrat. Er hätte sich in der Sitzung über den Magistrat
beklagern können. Hat es nicht getan. Die Verzögerung in
der Erstellung der Lichtanlage ist nur entstanden, weil der Magi-
strat im Interesse des Bauvereins zunächst vom Reichsamt des
Innern verlangt, sich schon das Kabel zu legen, daß es in zwei
Jahren legen muß. Legt es es nicht, so erhält der Bauverein die
Mieten an der Siebetsbürger Straße. Daß Herr Müller seinen
Mißgefallen über die Schwierigkeiten, die die Verwaltung beim
Bau ihrer Straßen hat, berichtet, begreifen können wir nichts haben;
aber daß er durch die Verhältnisse, die sich im Bau ergeben,
in welchem er es macht, bei den 1700 Mitgliedern den Glauben
erweckt, der Magistrat komme aus Wohlwille dem Verein nicht
entgegen, das müßte uns tief verletzen. Ich, J. B. bin nur darum
in den Bauverein eingetreten, um zu helfen, Gegenständen die
sich naturgemäß auslösen einer solchen Korporation und den Behörden
herausfinden, in sachlicher Weise zu beseitigen. Man hätte den Magi-
strat, wie man ihn ein Mißtrauen erweckt, erst hören müssen.
Die Verhandlungen des Stadtrates seien öffentlich, die könne jeder
Bürger das Amt und Lassen der einzelnen Mitglieder kontrol-
lieren, aber die Sitzungen des Magistrats seien vertraulich, da
bringen nur die Beschlüsse in die Öffentlichkeit. Aus welchen
sachlichen Gründen, sie gesagt sind, kann niemand hören und auch
nicht das für und wider. Das Reichsamt habe ebenfalls die
Pflichten zu erfüllen, die für jeden Grundbesitzer gesetzlich fest-
gelegt sind. Der Vertrag mit ihm mußte unter Dach und Fach,
wie die Häuser fertig waren. Für Entschädigung mußte geklagt
werden, ehe die Häuser bezogen wurden. Der Magistrat war sehr
entschlossen, den Antrag rechtzeitig fertigstellen zu lassen, wenn der
Vertrag unterzeichnet wird. Er (Kocher) und Ratsherr Neumann
hätten energisch für ein Probieramt gestimmt. Und da habe man
im Bauverein gesagt, im Magistrat sei wieder auf ein Ent-
gegenkommen nicht zu rechnen! Wo alles möglichste getan sei, um
dem Bauverein die Wege zu ebnen! Die erste Verfilmung kam,
als der Bürgermeister sich bemühte, den monotonen Stil der
Häuser zu ändern. Die Siebetsbürger Straße, um man zu
einem anderen Stil überzugehen sei, habe dadurch auch ein be-
stimmtes Aussehen bekommen. Wenn man gesagt werde, im Magi-
strat sei wieder ein Entgegenkommen zu finden, so muß man
außen bei der Ansicht erweckt werden, als ob der Magistrat
systematisch dem Verein etwas in den Weg lege. Das dürfte
nicht aus dem Munde eines Mannes kommen, der als Stadtrats-
mitglied einen besseren Einblick in die Verhältnisse hatte. Die
1700 Mitglieder des Vereins waren nicht in der Lage, die Worte
nachzusprechen, aber Müller konnte prüfen und mußte prüfen. So
wenig er das Vertrauen seiner Mitglieder entziehen kann, so
wenig kann der Magistrat das Vertrauen des Stadtrates und der
Gemeindebürger entziehen.

Syndikus Wundt: Ich durch die Erklärungen Müllers über-
reist; er glaubte tiefe und sachliche Differenzen vorliegen. Wenn
Müller gleich gesagt hätte, der Bauverein wolle die Kosten
tragen, würde die Anlage sofort gemacht worden sein. Der ein-
mal erzielene Inzukunft hätte vom Magistrat nicht als Be-
vollmächtigter des Vereins angesehen werden können.
Stadtrat Petersen geht noch einmal auf die Differenzen
wegen der Kanalisation ein. Der Verein sei im guten Glauben
gegangen, die Straße sei vollständig fertiggestellt. Betreffs der
Rückzahlung habe ebenfalls ein Mißverständnis vor. Die Beratung
durch die Gärten hätte dem Verein und doppelt Kosten verursacht
und die Kosten vermeiden. Das kurze Schreiben des Magistrats
sei auch mißverständlich gewesen.

Wundts Revue.

Parlamentsblüten. Aus den Schlussreden der Parla-
mente hat ein Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung folgende
Stellen gesammelt: Der Reichstag brachte in den letzten
Tagen vor Pfingsten Dauerreden und damit den berufs-
mäßigen Zuhörern, den Journalisten, viel Arbeit. Die ein-
zige Erquickung in diesen zehnjährigen Verhandlungen
waren die Verhapplungen der Herren Abgeordneten. Der
„Inkognito“ Graf Oppersdorff meinte zur Impfung: „Man
hat hier eine Sammlung von Schattenseiten veranstaltet.“
Der Altkoer Fortschrittler Waldstein forderte bei der Kon-
ferenzklause: „Man sollte diese Ansprüchen endlich das
Genid brechen!“ Der Sozialdemokrat Schulz (Erfurt) sagte:
„Wie können Sie es wagen, den Zukunftskrieg geradezu an
den Säuren herbeizuführen?“, während der Kriegsminister
von den Pferden sprach, die „aus dem bürgerlichen Leben“
kommen. Der Pole Tranczinski sprach gelassen aus: „Der
wollmische Metast muß die ganze Woche in seiner Mutter-
sprache schwelgen!“ Unser großer Enthüller Reichardt rief
dem Zentrum zu: „Zupfen Sie Ihre Partei doch einmal an
der eigenen Nase!“ Dr. Kocher entschuldigte sich bei dem
Sause: „Ich muß Sie mit ein paar statistischen Angaben
ganz kurz erwidern!“ Genosse Schädel, der Schriftführer
des Hauses, sprach sich dahin aus: „Es ist eine schöne Sache,
in warmen Zimmer zu sitzen und dann für das Vaterland
zu sterben.“ Genosse Davidbohr, der obituarische Vertreter
der schließlichen Weinstadt Grünberg, sagte in seiner Dulda-
rede: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich nicht aus
einem hohen Posten spreche!“ Dr. Dorte, sein Antipode,
erklärte: „Das ist beim schwarzen Neger ebenso wie beim
weißen.“ Herr Göttsch war der Ansicht: „Die Fenster-
schreiben, die uns in Nordhessen der Landrat eintrifft, zu
scheiden, ist eine unumkehrbare Aufgabe.“ Der freimüthige Land-
rat noch hielt die „Zukunftskontention für eine bittere Not-
wendigkeit“. Der konservative Siebenbürger verriet wenig
Verständnis für die Mediziner, als er sich äußerte: „Den Wils-
len muß durch die Mißhandlungsfreier eine lebensfähige
Ader eingestüpft werden.“ Sein Freund Weillhörd, der das

Bürgermeister Dr. Luffen geht die drei Beschlüssepunkte
noch einmal durch und legt klar, warum der Magistrat so gehan-
delt hat. Die Schuld an den Mißverständnissen liegt lediglich auf
Seiten des Vereins. Das Verlangen, sofort einen Antrag zu
bauen, hätte nicht so ohne weiteres ausgeführt werden können,
da mußte immer erst dem Stadtrat eine ordnungsmäßige Vorlage ge-
macht werden. Dann sei der Kanalbau Sache des Terrainbesitzers
gewesen und mußte mit diesem immer erst verhandelt werden. In
dem ganzen Dilemma sei der Magistrat unfähig, der Verein
könne dort denken, daß der Vertrag so stande gekommen sei. Die
Verhandlungspunkte sei das Reichsamt nicht wert. Die Vertreter
des Vereins können sich in dieser Sache selbst nicht einig zu sein.
Ihm liege nur daran, den Herren die Ueberzeugung beizubringen,
daß der Magistrat seine Schuldigkeit getan habe. Der Magistrat
hätte auch Pflichten den Behörden gegenüber.

Stadtrat Müller tritt den Ausführungen Gaus entgegen.
Kocher habe die Pflicht gehabt, dem Verein im Geschäftsberichte
mitzutheilen, warum die Häuser teurer geworden sind. Er habe
sich an den Staatssekretär gewandt und dieser habe dem Magistrat
gegenüber telegraphisch die Kosten des Kanals übernommen.
Wenn da gleich mit dem Bau begonnen worden wäre, hätte der
Verein die Scheuereien nicht gehabt. Die Mitglieder hätten da-
rüber aufgeklärt werden müssen. In Wahrheit habe der Syndikus
die Angelegenheit nur benutzt, um das Reichsamt in eine Zwis-
lunftsituation zu bringen. Ich bezeuge ihm das nicht, aber der Verein
dürfte nicht darunter leiden.

Der Bürgermeister bestätigt die Angaben Müllers, aber
der Magistrat mußte doch erst eine Vorlage machen, schon wegen
des Straßensuchs.

Stadtrat Müller: Die Hauptsache war, daß der Kanal früh
genug fertig wurde, aber der Magistrat wollte sich den Ausbau der
Straße erst sichern.
Ratsherr Hug verliest auf die Einrede Müllers hin den
Vorfall der Wäckerler Forderung gegen den Magistrat. — Der
alte Vertrag des Reichsamtes mit Neuende sei unzulänglich ge-
wesen und hätte der Magistrat die Interessen der Stadt wahrer
müssen. Es hätte sich jetzt eine Gelegenheit geboten, den Vertrag
neu zu bekommen, aber die Mieter sollten unter keinen Umstän-
den darunter leiden. Der Kampf mit dem Reichsamt mußte aus-
gefochten werden. Wir verzeihen Ihnen diese harte Lage,
die durch die Wichtigkeit des Bauvereins und Reichsamt des
Innern geschaffen ist. Aber wir haben auch das Interesse der
Stadt zu wahren und den Ortsstatuten Achtung zu verschaffen.
Daß die Stadt nicht dem Bauverein entgegengekommen sei, das
Müller nicht sagen.
Demit wird der Gegenstand verlesen.

8. Verlesenes. Aus der Hypothekensicherungsgegenschaft
scheidet Kursumagistrat Herr Obersekretär Wucher aus. Er wird
einmüthig wiedergewählt.

Für das Militär-Wachlokal an der Grenzstraße verlangt der
Hausbesitzer 50 Mark mehr Miete. Der Vertrag wird beseitigt.

Für die Wagen der Straßenbahn soll eine Rangordnung
zur Verfügung von Wäckerler angebracht werden. Hierzu wird ein
Vertrag von 2000 Mark bewilligt. Hierbei sagt Stadtrat H.
Müller, daß noch immer zeitweise zwei Wohnwagen hinter-
einander fahren. — Stadtrat Gausen beurteilt dies besonders
in verkehrspolizeilicher Hinsicht. Der Bürgermeister G.
erklärt, die Wagen sollen erst bei jeder Station stehen. Die
Forderungen nach der Straßbahn auf anderen Straßen laufen
das sei präfixiert, als erst einen Anhänger zu bemannt und auf
die Straße zu bringen.

Stadtrat Gerbes fragt an, ob der Rechnungsabluß für
das erste Geschäftsjahr noch nicht vorliege, was der Bürgermeister
beantwortet.

Stadtrat Stecker rügt, daß die Reinigungspflicht der Bahn
noch nicht festgelegt sei. Bei dem geringen Probieren hätten
die auf den Straßen liegenden Scherben ausfallen eine Reinigung
verursacht. — Der Syndikus erwidert, die Angelegen-
heit komme nächste Woche vor dem Schöffengericht zum Austrag.

In der Unterachloferstraße sind 10 080 Mark für Anschaffun-
gen veranschlagt, während nur 7000 Mark veranschlagt waren;
die Differenz muß nachgeholt werden. — Stadtrat Gerbes
man rügt die enorme Ueberschreitung, worauf der Bürger-
meister erwidert, daß der Finanzauschuss auch bereits Vorfrage
getroffen habe, damit derartige sich nicht wiederholte.

Die Wohnung des Kommissars Stöber wird zu Bureau ge-
braucht. Da in der Nähe keine vierzimmerige Wohnung zu haben
ist, muß es eine fünfzimmerige sein. Der fünfte Raum soll
aber zu Dienstzwecken herangezogen werden. Der Stadtrat be-
willigt zu diesem Zweck einen jährlichen Zuschuß von 100 Mark.
— Bei dieser Angelegenheit bringen Stadtrat Siebel und

Gausen die oft 13—14stündige Arbeitszeit der Stadträte und
Nachmittage sowie die ungenügende Befolgung der letzteren zur
Sprache. — Der Bürgermeister erklärt, ein Teil der Zustellun-
gen solle in Zukunft durch die Post besorgt werden.

Auf Ersuchen des Amtskauptmanns in Jever wird der Land-
wirt Adolf Leuts in Sachm zum Mitgliede der Wohnungskom-
mission gewählt.

Stadtrat G. Müller erwidert sich nach der in Aussicht ge-
stellten Prämie, die den Verkehr nach dem Bantei Deich anstelle der
Fährden vermitteln soll.

Stadtrat Gausen bezieht die Zusammenlegungen am
Bantei Deich als einen großen Missetand, besonders für die
Anwohner.

Auf Anfrage des Stadtrates Siem erklärt der Bürger-
meister, daß das Enteignungsverfahren gegen die Rasterei be-
treffs Durchlegung der Weizenstraße noch nicht rechtskräftig ist.

Punkt 9: Personalsachen, wird in die geheime Sitzung verlegt.

Sitzung des Magistrats und Stadtrats.

1. Straßenreinigung. Der Stadtrat hat beschließen, die
Straßenreinigung dreimal und die Verkehrsstraßen dreimal in
der Woche zu reinigen. Der Magistrat legt nun eine Einsetzung
vor, danach sind die Straßen wie folgt eingeteilt:
1. Hauptverkehrsstraßen: Die Oberstraße in der
Strecke von der Landesgrenze bis Mühlweg und die Wilhelm-
shaber Straße von der Landesgrenze bis zur Wehrstraße;
2. Verkehrsstraßen: Bismarckstraße, Wehrstraße,
Mühlweg von der Oberstraße bis Koppelschön, Almenstraße,
Altenburgstraße, Peterstraße bis Alboogstraße, Wörtenstraße,
Kaisersstraße, Bremer Straße, Wischenschützstraße, Grenzstraße,
Grenzstraße bis Mühlweg, Wäckerlerstraße bis Wehrstraße, Ober-
straße, Koppelschön, Oberstraße im oberen Teil, Mühlweg,
Schulstraße bis Mühlweg, Friederichstraße, Wilhelmshaber
Straße von Wehrstraße bis Bahnhof, Genossenschaftstraße bis
Bantei Weg, Meier Weg, Mellumstraße, Vorstadtstraße, Schiller-
straße, Goethestraße, Althandstraße.

Stadtrat Gerbes man wünscht einige Straßenzüge
weiter Ordnung zu Hauptverkehrsstraßen zu machen, doch soll
auf Vorbehalt des Bürgermeisters erst einmal ein Versuch in der
folgenden Ordnung gemacht werden.

2. Verkehrsstraßen. Stadtrat Gausen beantragt, zwei Leute
bei der Müllabfuhr einzustellen, weil sich herausgestellt hat, daß
die Straße nicht wie gewöhnlich funktioniert.
Der Bürgermeister verliest eine Aufzählung des Tief-
bauamtes, wonach 1000 Tonne nachgeräumt werden und Er-
behalten angefallen sind nach den Ursachen des Nichtfunktionierens.
Unter anderem wird ein großer Teil der Schuld den Arbeitern
beigemessen, denen die Arbeit nicht ungewohnt sei, auch mußten
sie sich erst an die Arbeit gewöhnen. Der Rat wird nach von
31 Pf. auf 35 Pf. pro Stoppel erhöht werden müssen.

Es entspringt sich hierüber eine lebhafte Debatte, in der sich
die Stadträte Gausen und Hug für die Wehrstraße, Ober-
straße, Koppelschön und Peterstraße, Wäckerler die Debatte
schließt als eine auf sachliche Gründe basierende Untersuchung
erklären.

Die Angelegenheit wird schließlich der Baukommission und
dem Magistrat überwiesen. — Die 1000 Reichel werden bewilligt.
Stadtrat Wörndlich verlangt an sog. scharfen Ecken die
Anbringung von Schindeln mit der Aufschrift: „Schritt fassen!“

Stadtrat G. Müller kritisiert das Verhalten einiger Rad-
fahrer und Fußwegfahrer, die in rüchsigster Weise an den
Sonnentagen den Kanalweg besetzen.

Der Bürgermeister verspricht ein Einschreiten durch die
Polizei.

Schluss der öffentlichen Sitzung abends 7 Uhr.

Parteinachrichten.

Die Jugendbewegung in Frankfurt. Die sozialistische
Jugend des Seine-Departements hielt am Sonntag zu
Paris einen Kongress ab. In den Vorlesungen wurde überein-
stimmend festgestellt, daß die Jugendorganisationen allent-
halb einen sehr erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen
haben. Mit neue Gruppen wurden seit dem letzten Kongress
ins Leben gerufen. Das Jugendorgan La Voix des Jeunes,
das anfangs mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte,
steht gegenwärtig auf gefestigter Basis. Der Verkauf des
Blattes ist gestiegen; die Abonnamentzahl hat sich erhöht.
Der Kongress nahm folgende Resolution an: Die sozialistische
Jugend der Seine, bereuigt auf ihrem Kongress zu Paris

lechte Wort im Streit der Meinungen hatte, sagte wörtlich:
„Das Gebiet liegt auf einem ganz anderen Wege.“ — Im
preussischen Abgeordnetenrat entwarf der Abgeordnete
Wilmeling ein schönes Bild, als er ausführte: „Der deutsche
Steuerzahler wird immer mehr zu einer nach von allen
Seiten und nach allen Richtungen hin gemachten Feil.“
Der Sozialdemokrat Ströbel sprach von den „Interessen der
berechtigten Unterbeamten“ statt von den berechtigten Inter-
essen der Unterbeamten. — Im Herrenhaus endlich legte
Oberbürgermeister Lohsen Vierzehnjährige Streichholz-
schachteln auf den Tisch des Hauses und gab ihnen die Worte
mit: „Dieses Bild veranschaulicht das zusammenfassende
Herz dieses und jenseits der Königsalm!“

Neues für Briefmarkenlerner! Die albanischen Landesreg-
nungen mit türkischer Währung sind nunmehr endgültig er-
schienen. Den bereits gemeldeten Lotenpost-Marken des revolu-
tionären Gebiets Albanien folgen endgültige Marken in einer Reihe
von 9 Stück mit einem epistolischen Krüger mit einem Gewehr im
Anschlag. Griechenland veranlaßt Kriegs-Wohlthätigkeits-Marken,
also eine 11 Marksteuer zum Balkanwege. Die schwäbische Re-
publik verleiht sich wieder einmal Probieren, nicht weniger als
10 Stück, wovon man sich in den nächsten Wochen eine Reihe von
Marken mit Randspalten bringen wie auch längeren endgültig dem-
nächst eine neue Serie und zwar mit Darstellungen historischer
Porträts und Denkmäler bringen wird. All diese neuen Frei-
marken finden in dem bekannten Schwabenberger Album, das im
Herbst in vollständig neu bearbeiteter und neugedruckter Auflage
erscheint, sowie in dessen Nachträgen, Aufnahme.

Geben erschein: „Alkoholismus und Gemessenheit von Dr.
Viktor Adler. Preis 10 Pf. Verlag: Arbeiter-Vereinigen-Bund
in Oesterreich, Wien VII, Seidenpasse 15. Kommissionsverlag:
Deutscher-Verlag-Bund (J. Michaelis), Berlin SO
16, Engelauer 19. Das Büchlein enthält das Referat, das Genosse
Dr. Adler auf dem 5. österreichischen Gemessenheitskongress zu
Wien gehalten hat. Mit begeisterten Worten zeigt Genosse Dr.
Adler, daß die breite Bekämpfung des Alkoholismus durch die
Gesellschaft eine ungenügende Voraussetzung ist. Und mit feiner
Genauigkeit weist er nach, daß in diesem Kampf nicht die Minderheit
sondern die Mehrheit zum Ziele führen wird. — Wir
können die Schrift jedem Gemessenheitskongress zum Studium empfehlen.

Notizen. Von Ludwig Thomas Leusubense gestifteten
erschienen das fünfzigste Jahrbuch in besonders kostbarer Ausstat-

lung. Gleichseitig mit dieser neuen Ausgabe erscheint das 51.—53.
Jahrbuch der holländischen Ausgaben. — Das neue Jahrbuch für
Schiffs- und Tropenkrankheiten wurde in Gamburg
eingeweiht. — 8000 Jahre alte Urnen und Krügelgefäße wur-
den auf dem Plaggen bei Kloster Eberin (Brandenburg) bei den
Ausgrabungen des Märkischen Museums in Jünnigräbern ge-
funden. — Der bekannte Musiker Richard Strauß feiert heute
sein 50. Geburtstag. Er gilt zurecht als der bedeutendste deutsche
Opernkomponist.

Zwivel verlangt. Herr (zu einem alten Schweinehirten):
„Nun, Alter, was denst Du eigentlich den langen Tag über?“ —
„O mei, was werd' mir da viel denken bei ein' Mark' fudzig Pfennig
im Tag!“

Der Unparteiische. Adooft (zum Klienten, der in einem
Kaufprozeß verwickelt ist): „Sie haben also einen Zeugen für und
einen gegen sich, wie ich's denn mit dem dritten?“ — „Der hält
sich neutral, der erzählt nur, was er gesehen hat!“

Jumbils.

Von L. Lessen.
Nun will der Frühling scheiden. . .
Ein goldner Funfelfchein
Hüllt Kasse und Ueberleben
In Sonnenmedeln ein . . .
Ein Schiff geht durch die Fluten
Leid gleich seinem Kahn.
Die Mittagsstrahlen glücken
Grell um den braunen Kahn.
Da heißt es, Kraft entfalten!
Mit Stangen, Sämer und lang,
Zwei Jumbils die Männer halten
Das Schiff in seinem Gang.
Mit trümmern, müden Mühen
Schlößt auf ein Stund um Stund,
Wenn sie die Stangen drücken,
Tief in des Jumbils Grund . . .
Und ihre Klagen schälen
Nichts von der bunten Pracht,
Die von den Ufern
Entgegen ihnen laßt!
Sie stoßen und sie heben
Die Stangen Laft um Laft
Ein langes, hartes Leben . . .
Im Schiff mit leihem Leben
Das Wasser küßt und Raat . . .

Richtig nicht mußte, ob er am 6. August schon aus dem Gefängnis entlassen sei, doch er durch die Gefängnis-Inspektion ein Gehör um Verleihung der Urkunde an die Militärbehörde einreichen. Eine Antwort erhielt er nicht. Die Militärbehörde hatte ermittelt, daß Richtig zum Lebungs-termin seine Strafe schon verbüßt haben werde und hielt es nicht für notwendig, ihn zu benachrichtigen. Da aber der Arbeiter mangels einer Benachrichtigung der Urkunde fernblieb, wurde er vor das Kriegsgericht gezogen. Die erste Instanz sprach ihn frei, je nach dem, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Auf Berufung des Gerichtsherrn wurde er zum Oberkriegsgericht zu der oben genannten harten Strafe von 4 Wochen strengen Arrest.

Eine teure Raft. Gegen 60 Einjährig-Freiwillige des 1. und 2. Bataillons des Füsilier-Regiments Nr. 80 in Wiesbaden ist ein Disziplinärverfahren eingeleitet worden, weil sie während der Ausföhrung einer Felddienstleistung in eine Wirtshaus eintraten. Alle wurden mit drei bis sieben Tagen Arrest bestraft. Da sie Teilnehmer des Offiziersunterrichts waren, sind sie jetzt durch den unbilligen Streich von diesem Unterricht ausgeschlossen und können infolgedessen nicht Referentoffizier werden.

Mädchenhandel. Ein Mädchenhandelsprozeß, der sehr bemerkenswerte Einblicke in den Geschäftsbetrieb der in Hamburg, Altona, Kiel, Leipzig, Köthen, Braunschweig und anderen Orten bestehenden „öffentlichen Säuler“ gestattet wird, findet demnächst vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin statt. Die auf gewerbmäßige Knappei lautende Anklage richtet sich gegen den Maler Robert Fischer, dessen Ehefrau Anna F., die ledige Gertrud Semig, den Klempner Otto Wotfche und die ledige Helene Behne. Die Fischer'schen Eheleute sind der Polizei seit längerer Zeit als gewerbmäßige Mädchenhändler bekannt. Ihre „Wäre“ besteht oder nicht aus „Seide“ oder „Goldseide“, d. h. unbescholtenen Mädchen bzw. solchen, die noch nicht unter Sittenkontrolle gestanden haben, sondern aus „Baumwolle“, wie in der Verkehrssprache die Kontrollirten genannt werden. Wie die Anklage insbesondere der schon fünfmal wegen Knappei verurteilten Frau Fischer zur Last legt, sollen die Angeklagten in der Weise zu Werke gegangen sein, daß sie auf der Straße Mädchen antraten und ihnen dann in den schönsten Farben das „sorgenfreie Leben“ in einem öffentlichen Hause schilderten. Mit den schon unter Sittenkontrolle stehenden Mädchen trat Fischer dadurch in Verbindung, daß er vor dem Fröbel-Krankenhaus für Geschlechtskranke Sittenmädchen erwartete und die entlassenen Mädchen anpochte. Er ging dabei, wie er einmal ausgesagt, von der Ansicht aus, daß diese Mädchen für die Provinz gut genug seien. — Die Mädchen, die ihre Einwilligung gaben, wurden dann in der Wohnung der Fischer'schen Eheleute friert und aufgebahrt, damit sie auf die extra zu diesem Zweck nach Berlin kommenden Bordellbesitzer einen recht guten Eindruck machten. Diese Herren betrachteten dann die „Wäre“ und zahlten je nach Anfall der Prüfung an die Angeklagten Vermittlungsprovisionen von 50 bis 200 Mark. Für „junges Gemütle“, d. h. Mädchen bis zum Alter von 19 Jahren, wur-

den bis zu 200 Mark gezahlt, ältere Semester, die den schönen Namen „Komaroden“ haben, brachten nur 50 Mark. Hauptkonditionmerin der „Wäre“ war die Vorbereitungszeit in Hamburg, die auch die höchsten Preise zahlte. Zwei Mädchen im Alter von 19 und 22 Jahren gingen sogar „unter Preis“, d. h. für je 25 Mk. an den Bordellbesitzer Bekendheit in Cöthen ab. Eine gewisse Minder, welche die Angeklagte Behne „behorrt“ hatte, erklärte auf dem Anmeldebefehl in Altona wahrheitsgemäß, daß sie in Berlin unter Kontrolle gestanden habe, da sonst Schwierigkeiten mit der dortigen Polizeibehörde entstanden wären. — Zu der Verhandlung sind neben 30 Bordellinsassen mehrere Bordellwirte aus Hamburg, Altona, Leipzig, Cöthen und anderen Orten als Zeugen geladen.

Millionenunternehmung in Paris. In Paris hat sich ein großer finanzieller Zusammenbruch ereignet, der die Handelswelt stark in Mitleidenhaft zieht. Mehrere Gesellschaften zur Erzeugung elektrischer Starkstroms sind in Konkurs geraten. Die Aktionäre dieser Gesellschaften haben gegen die Direktoren Anzeige wegen Betruges erstattet. Wie verlautet, soll es sich um Unternehmungen von mehr als sechs Millionen Francs handeln.

Durch Junkspruch auf hoher See verhaftet. Auf telegraphisches Eruchen der Staatsanwaltschaft in Rülheim (Ruhr) wurde durch Junkspruch auf dem auf der Fahrt nach Neuport begriffenen Schnelldampfer Kronprinzessin Cecilie der frühere Mitinhaber der Holzfirma Dreelen u. Junke in Rülheim-Eytrum, Joh. Dreelen, verhaftet und in der zur Aufnahme von Gefangenen eingerichteten Kabine untergebracht. Mit ihm wurde der Buchhalter Janzen festgenommen, der um die Strafkosten Dreelen's gewahrt und in seiner Begleitung die Fahrt ergriffen hat. Dreelen hat sich umfangreiche Wechselrechnungen aufzubringen kommen lassen; außerdem soll er seine Braut um 10 000 Mark betrogen haben.

Kleine Tageschronik. Der Großherzog von Medlenburg ist schwer erkrankt, doch sein Tod zu befürchten ist. — Der Gymnasialrat Wolf in G. a. u. in der der Stubeherrenacht einen Revuebesuch auf seine Verwandten unternommen hatte, um sich zur Verzeihung seiner totenen Positionen Geld zu verschaffen, und dabei seine Mutter und seine Tante schwer verletzt hatte, wurde, da die Tante inzwischen an den Verletzungen gestorben ist, wegen Mordversuchs in drei Fällen und wegen Wundes in einem Falle zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. — In G. a. u. bei Neichenbach in G. a. u. wurde der schon seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft wegen Wundes geachtete Ferdinand Rippoch verhaftet. In seiner Begleitung wurden die Brüder Zint, ebenfalls langgeachtete Mörder, festgenommen. — Das Auto des Zuderfabrikanten und Gewerkschaftlichen Mannes fürzte in der Nähe von Mochow (B. a. G.), als es einem Bauernführer ausweichen wollte, um. Man ist war sofort tot, eine nahe Verwandte von ihm erlitt einen Beinbruch. Die anderen Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Vernisfiches. Ueber eine neue Methode der künstlichen Atmung berichtet Dr. G. W. Mindländer in der Umgeh. Bei der bisher gebräuchlichen Silberröhren Methode, die zur Wiederbelebung Ertrunkener oder Ersticker angewandt wird, waren eigentlich zwei Menschen notwendig, um die Atmung auf

längere Zeit durchzuführen. Die Ausatmung kam durch einen starken auf den Brustkorb geübten Druck zustande. Bei der neuen Methode liegt der Patient auf einem Tische, und zwar so, daß sein Kopf tief über die Tischkante herabfällt. Die behandelnde Person sitzt ihm zu Häupten und hält die nach hinten zurückgeschlagenen Arme des Patienten zunächst in äußerer Streckstellung etwas gepreßt voneinander. Zur Vollführung der Einatmungsbewegung werden nun die Arme tief nach unten und innen gezogen, wodurch der Brustkorb so weit ausgedehnt wird, als dies überhaupt möglich ist. Bringt man nun die Arme in die Ausgangsstellung zurück, so sinkt der Brustkorb von selbst ein und die Ausatmung kommt zustande. Diese Bewegungen müssen 30 bis 40 mal in der Minute gemacht werden; sie können ohne große Ermüdung bequem von einer Person unter Umständen stundenlang durchgeführt werden.

Bauarbeiterschutz-Konferenz
für das Herzogtum Oldenburg
am Sonntag den 19. Juli d. J., vormittags 10 Uhr,
in Sadewassers Tivoli in Rühringen.

- Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht:
 - a) Geschäftlicher Teil;
 - b) Bericht über das Ergebnis der Petition an den Landtag und deren Erfolg.
 2. Rassenbericht.
 3. Beschlußfassung über eingegangene Anträge.
 4. Wahl des Vorortes und Wahl des Vorsitzenden der Landeskommission.
- Anträge, welche auf der Konferenz beraten werden sollen, müssen bis 1. Juli an D. Lange, Rühringen Störtebekerstr. 27, eingelangt werden.

Die Gewerkschaftsartikel- oder Bauarbeiterschutz-Kommissionen werden gebeten, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu entsenden.
Zu zahlreicher Besichtigung ladet ein
Der Vorstand.

Versammlungs-Kalender.

- Freitag, den 12. Juni.
Rühringen-Wilhelms-Hafen.
Internationaler Guttenperlerden Loge der guten Hoffnung.
Abends 8 Uhr im „Graf Seppelin“, Müllerstraße.
Sonntag, den 13. Juni.
Sengwarden.
Arb.-Radf.-Verein Sengwarden. Abends 8 1/2 Uhr bei Deder.
Dangastermoor.
Soz.-dem. Wahlverein Dangastermoor. Abends 8 1/2 Uhr bei Kaade.

Schwasser.
Freitag, 12. Juni: vormittags 9.40, nachmittags 10.05

Gemeindefache.

Der Beschluß des Gemeinderats, Bau einer Gemeindefache von der östlichen Grenze bis zum Bahnhofsgebäude in Rühlings, sowie die Verteilung der Kosten und Vorkaufleistung der Interessenten liegt nebst Bauplan, Kostenanschlag und einem Protokoll der vorzubehaltenden Interessenten vom 12. Juni d. J. an auf 14 Tage in S. B. Gerdes Wirtshaus in Schortens öffentlich zur Einsicht aus. Die Grundanleger und Interessenten werden aufgefordert, innerhalb genannter Zeit ihre Ansichten dem Untergeschriebenen schriftlich oder mündlich zu erklären. Schortens, 10. Juni 1914.

Der Gemeindevorstand

G. Gerdes. [2345]

Gemeinde Schortens

Die Anlieger der Gemossenschaftswege in den Bauerschaften Schortens, Olfen und Helmühle werden darauf aufmerksam gemacht, daß jeder, welcher durch Bearbeitung seines Grundstückes mit Werkzeugen die Wege durch Unpflügen und dergleichen in ihrer Beschaffenheit verschlechtert, von dem betreffenden Bezirksvorsteher in Geldstrafe genommen wird. [2346]

Die Bezirksvorsteher

H. Jürgens, W. Kahlbe, M. Roulin

Gemeinde Osterburg.

Termin zur öffentlichen Ausverdingung der gewöhnlichen Unterhaltung der Gemeindefache: Dienstag den 16. Juni 1914, nachmittags 5 Uhr, in G. Gerdes Gasthaus zu Osterburg, Bremer Straße. [2355]

Hofenbohm.

Einfamilien-Haus

preiswert zu verkaufen.
Gebr. Wotfchs, Rangendam bei Varel. [87]

Volksküche Rühringen

Freitag: Weiße Wöhlen m. Vdfl.

Einfamilienhaus

billig zu verkaufen, desgl. Baupläne. D. Senze, 1489 Rangendam bei Varel.

Freibant
am Schlachthof.

Freitag morgen 7 Uhr
Freitag abend 6 Uhr
Sonabend morgen 7 Uhr

Fleisch-Verkauf.

Blotzgehende

Wirtschaft

mit voller Konzession, unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten unter 3 50 an die Annahmestelle Wilmstraße 24. [2365]

Technikum Varel i. O.

Programme u. Auskunft kostenfrei.



Empfehle:

Große und kleine Scheussche Schollen, Rotzungen, Anurhahn, Kalkreis, Goldbarsch, Kabejan, Seelachs, Zehel, Fischkardoude, Steinbutt, Seibutt, Sappentrebse, Neue Jager Matjesheringe, Emden Zehelheringe. [2369]
J. Helms, Fischhandl. Bismarckstraße. Marktstraße. Wilhelmsh. Str. Tel. 455.

Den Austritt aus der Kirche

sollten alle diejenigen vollziehen, die mit dem Reichskristentum gebrochen haben. — Der Protest ist gegen den Gewissenswandel, der durch die Verpflichtung zur Teilnahme an unchristlichen Religionsunterricht, der darauf hinausläuft, die Volkswahlen in Unwissenheit zu erhalten. — Austrittsformulare sind zu haben in Osterburg bei Wih. Ganske, Haarenufer 21, in Delmenhorst bei Eduard Schömer, Mühlentstraße 50.

Man streut den Frauen

jeden Tag

Sand in die Augen bei Anpreisungen aller möglichen Schuhcremes. — Selbst den minderwertigsten Schuhputzmitteln werden in unlauterer Weise alle möglichen Vorzüge zugeschrieben, deshalb ist sehr große Vorsicht beim Einkauf notwendig. — Das beste, sparsamste und billigste von allen Schuh- und Lederputzmitteln ist und bleibt das überall sehr beliebte Pilo.

Verlangen Sie bitte nur Pilo. [92]

Sohlenleder-Ausschnitt

Schuhmacher-Bedarfsartikel, Fils, Unterzählfäden mit und ohne Lederföfle, Continental-Gummi-Absätze empfehlen [30]

Gebr. Meyer, Rühr., Götterstr. 31.

Tüchtige Akquisiteure gesucht

gegen Provision für eine einflussreiche Tageszeitung Rühringen. — Nichtsdeute werden eingearbeitet. — Bewerber wollen Offerte unter N. B. 2367 an die Expedition des „Norddeutschen Volksblattes“ einreichen.



Empfehle:

H. Schellische, Schollen, Seehoch, Goldbarsch, Anurhahn, Fischkardoude, Kabejan, Seelachs, Rotzungen, Neue Matjesheringe, Sieler Dackling und Kal. [2354]

Joh. Stehnke,

Dänische Fischgroßhandlung, Rühringen, Wilhelmshavener Straße 29. Telefon 732.

Wäsche

weiche ein in Henkel's Bleich Soda. [66]

Rechnungen

Lehrzeugnisse
Quittungen
Lehrverträge
Kaufverträge
Frachtbriefe
Lohnlisten
Mietverträge
empfehlen
Paul Hug & Co.
Zu Umzügen
und sonstigen Transporten
empfehlen sich bei billiger Preisstellung. [1569]
O. Haaren, Bismarckstr. 146.

Variete

Letzte Woche: Donnerwetter! Tadellos! [2375]

Die grosse Revue erzielt allabendlich einen noch nie dagewesenen Erfolg.

Adler

Erfahrener Bautechniker

(Bauhilfen) erteilt Unterricht im Zeichnen u. Rechnen gegen mäßige Vergütung. Off. Offerten unter N. V. 2343 an die Exped. d. Blattes erbeten.

Achtung! Achtung! Billiges Schweinefleisch!

auf dem hiesigen Schlachthof geschlachtet, pr. Pf. zu 60 und 70 Pf., gute Ware, kommt Freitag nachmittag und Sonntag zum Verkauf. Nehmanns Meerkoff 2341 Schillerstraße 12.

Gesucht 1 Klempner für Installation

[2362] Richter, Friederichstraße.

Gesucht auf sofort ein Maurer und ein Zimmergeselle

bei gutem Lohn (55-60 Pfennig). Joh. Scheuer, Zitel i. Dd. [2366]

Gesucht auf sofort oder zum 15. Juni ein junges Mädchen für den Vormittag. Wilhelmshav. Str. 23, Ede Meyer Weg, Harenwegschäft. [2353]